

fl ! nfo

1.2006

3 Entsorgt.

Wie ein Archiv verschwinden kann, ohne dass jemand etwas bemerkt.

6 Empört.

Seine Empörung ist angebracht. Der Gründer des TaK sieht schwarz.

9 Eintönig.

Radio Liechtensteins Programm wird kaum mehr goutiert.

10 Einleuchtend.

Demokratie und Monarchie zum Zweiten.

12 Existenziell.

Die Sozialwerke dürfen nicht gefährdet werden.

14 Erhellend.

Tarmed – umfassend betrachtet.

17 Entspannt.

Die FL-GemeinderätInnen in Planken geben sich entspannt.

18 Exklusiv.

Die Sophie von Liechtensteinstiftung – was sie will, aber was sie vor allem nicht will.

20 Extra.

Die junge FLU22 im Gespräch mit der Polizei.

22 Extrem.

Dicke Luft in Liechtenstein und was zumindest partiell dagegen getan werden kann.

24 Erwünscht.

Die letzte Seite. Für Schnell-Leser, Schnell-Lacher, Schnell-Empörer und für alle, die knapp und bündig wissen wollen, was an der Meinungsbörse gehandelt wird.

Theater auf allen Bühnen.

Die Gesundheitskosten halten uns auf Trab, oder besser, die Regierung mit ihrer Hektik, Tarmed unbedingt einführen zu wollen. Die Argumente der Ärztekammer stehen diametral zu den Argumenten des Liechtensteinischen Krankenkassenverbandes. Eine Einigung ist kaum möglich. Für die Ärzte steht eines fest: Das bisherige System ist gut, wenn die Kontrollmechanismen genutzt werden. Tarmed werde die Gesundheitskosten in die Höhe treiben. Davon sind die Ärzte überzeugt. Nicht nur, weil sie selber dann mehr verdienen würden, sondern vor allem, weil jede Gestaltungskraft aufgegeben werde. Dass Tarmed nicht funktioniere, zeige die Schweiz. **Es gilt jetzt abzuwarten, wie die Regierung mit der Uneinigkeit der beiden Partner umgehen wird.** Das Theater ums Theater ist ein Dauerbrenner, ähnlich wie beim Radio schlittert man von Krise zu Krise. Kaum jemand thematisiert das Unaussprechliche, Geschichte wird per Gerichtsbeschluss entsorgt und lebt unter den Teppichböden weiter. Zwar gibt es für jede Krise auch Verantwortliche, doch eines haben alle Krisen gemeinsam: Über schöne Worte des Neuanfangs kam man nie hinaus. Die Geschichte musste möglichst unangetastet bleiben. **Und mit Geld lässt sich fast alles regeln.** Ein Trugschluss, wie sich aktuell beim TaK zeigt. Man wird besser hinschauen müssen und gutes Theater sollte nicht von der Wirklichkeit übertroffen werden. Wir haben es in Liechtenstein mit soviel wichtigen Themen zu tun, dass 24 Seiten kaum mehr ausreichen. Unverständlich, dass täglich zwei Zeitungen Seite um Seite mit Banalitäten und O-Tönen von den Machern abdrucken. Mehr Engagement, mehr Leidenschaft und Interesse, das würde man sich manchmal wünschen. (kj)

Otmar Hasler kritisierte am 22. Oktober 1997 im Landtag das Regierungsprogramm der damaligen Regierung Mario Frick. Diese Kritik hat nichts an Aktualität verloren. Das Meiste, was O. Hasler am damaligen Regierungsprogramm auszusetzen hatte, gilt (fast) unverändert für das aktuelle Regierungsprogramm. Überraschend ist höchstens, dass wir neun Jahre (und zwei Regierungen) später immer noch auf den gleichen Problemen herumkauen.

Das Votum von O. Hasler wird hier deshalb auszugsweise (gekürzt und zugespitzt, ansonsten unverändert) abgedruckt.

«Während in anderen demokratisch organisierten Staaten es üblich ist, dass eine neu gewählte Regierung innerhalb kurzer Zeit ihr Programm dem Parlament vorstellt, hat die liechtensteinische Regierung über vier Monate Zeit beansprucht. Dementsprechend ist natürlich die Erwartungshaltung betreffend Aussagekraft und inhaltliche Eindeutigkeit eines solchen Programmes gewesen – ich betone: gewesen, denn die Ernüchterung hat relativ schnell eingesetzt.

Es werden eine Fülle von Themen angesprochen, es wird zusammenfassend immer wieder auf schon erfolgte Arbeiten der Regierung bzw. auf laufende Projekte verwiesen. Die allgemeinen Aussagen und Absichtserklärungen stossen kaum auf Widerstand, weil sie in ihrer Allgemeinheit unbestritten sind. Sie erwecken den Eindruck, dass die Regierung alle Bereiche der Politik mit ihrem Programm abdeckt. Von einer Regierungserklärung erwarte ich jedoch eine inhaltliche Umreissung der in dieser Legislaturperiode zu lösenden Probleme, den Verwirklichungszeitraum.

Durchforstet man den Regierungsbericht nach diesen Kriterien, so stellen sich vor allem Fragen. Es entsteht der Eindruck, dass die Regierung zwar durchaus in vielen Politikbereichen weiss, wo der Schuh drückt, aber sich noch nicht im Klaren ist, welche Lösungen sie anstrebt. Da ist für mich zu wenig Konkretes, zu vieles nur angedacht. Zuwenig für eine entschlossene Führungswahrnehmung.

Zur Integrationspolitik und Ausländerpolitik: Dieses Anliegen wird von allen im Landtag vertretenen Parteien seit vielen Jahren als Notwendigkeit gesehen. Ich frage mich, welchen Lösungsansatz die Regierung verfolgt? Welchen Weg, welches Ziel hat sie, und vor allem: In welchem zeitlichen Rahmen will sie dieses Problem lösen?

Gesundheits- und Sozialpolitik: Auch hier liest man schon oft Gehörtes, vermisst aber weitestgehend konkrete Regierungspolitik für die nächsten 3 1/2 Jahre. Der Handlungsbedarf bei der Invalidenversicherung ist längst bekannt und die Regierung hat dem Landtag vor Jahren eine vertiefte Untersuchung und einen entsprechenden Bericht angekündigt

Das Problem Kostensteigerungen im Bereich der Nicht-Betriebsunfallversicherung ruft gemäss Regierungsbericht nach einer Neugestaltung der Finanzierung. Was konkret beabsichtigt die Regierung zu tun? Hat sie hier bestimmte Ziele?

Aussenpolitik: Die weitere Zusammenarbeit mit der Schweiz sowie Solidaritätspolitik mit den Drittweltländern hat weiterhin hohen Stellenwert. Läuft die praktische Entwicklung in verschiedenen Bereichen nicht in Richtung vermehrter eigenständiger Politik und weniger Zusammenarbeit mit der Schweiz?

Raumplanung, Raumordnung: Die Regierung betont immer wieder die Wichtigkeit einer gesetzlichen Regelung der räumlichen Ordnung. Allerdings sind seit dem Entwurf eines Gesetzes im Herbst 1992 fünf Jahre vergangen, ohne dass wir viel weiter sind. Natürlich ist die Zusammenarbeit mit den Gemeinden zu suchen, um ein umsetzbares Gesetz zu schaffen, aber ebenso sehr ist die Führungsverantwortung von Regierung und Landtag gefragt. Hier handelt es sich um ein übergeordnetes Interesse des Staatsganzen. Die Interessenkollisionen, was Boden und Natur anbelangt, werden in Zukunft nicht geringer

Bildungspolitik: Die Diskussion um die Ausgestaltung der Sekundarstufe 1, also die Schuljahre 6-9, wird im Bericht nur angesprochen, die Regierung behält sich noch alle Optionen offen.

Weitere Schwerpunkte ihrer Arbeit nennt sie ohne inhaltliche Zielvorgaben, so im Bereich der Steuerpolitik und im Bereich des Gesellschaftswesens.»

Otmar Hasler 1997 in seiner Stellungnahme zum Regierungsprogramm der VU-Alleinregierung

Das Theater am Kirchplatz hat Kultur-Geschichte geschrieben. Eine Geschichte, die vor allem der Gründer Dr. Alois Büchel prägte. Eine Geschichte, die über 23 Jahre lückenlos dokumentiert wurde und in den Räumen des TaK zu finden sein sollte, doch davon sind offenbar nur noch ein paar Ordner übrig geblieben.

Das Archiv wurde Ende der 90er Jahre mit dem Segen des damaligen Verwaltungsrats aufgelöst. Am 5.4.2004 wurde Alois Büchel schriftlich zugesichert, dass er für Forschungs- und Recherchezwecke uneingeschränkten Zugang zum TaK-Archiv habe und dass das Hausverbot für ihn aufgehoben sei. Dies als Voraussetzung dafür, dass Büchels Anwalt Dr. Frey auf einen Vergleich eingestiegen ist. Seit seinem Abgang wies Büchel immer wieder darauf hin, dass das Archiv vollständig erhalten bleiben müsse.

Das TaK verfügte beim Abgang Büchels auch über diverse Bilder aus Ausstellungen. Keines dieser inventarisierten Bilder im Wert von mehreren Hundertausend Franken ist vorhanden.

Als Büchel Anfang 2005 anfangen wollte, für seine geplante dreiteilige Publikation zu recherchieren, wurde er eine geraume Zeit von Rootering mit faden-scheinigen Argumenten davon abgehalten, das Archiv zu sichten. Selbst nachdem Büchel seinen Anwalt einschaltete, versuchte man die Sache auszusitzen und liess sich mit einer Antwort wochenlang Zeit.

Niemand ist verantwortlich

Im Sommer 2005 wurde der neue Verwaltungsrat des TaK bestellt und deren Vorsitzender, Richard Negele, klärte Büchel auf: Aus einem Protokoll des Aufsichtsrats aus den 90er Jahren gehe hervor, dass dieser beschlossen habe, das Lager in Schaanwald aufzulösen. Niemand machte sich offenbar die Mühe, auch nur festzustellen, was im Lager war. Heute scheint unbestritten, dass grosse Teile des Archivs aus der Zeit Büchels in diesem Lager waren. «Auflösung» ist hier nur ein Euphemismus für «Vernichtung» und passt politisch zu dieser unendlichen TaK-Geschichte: Man zerstörte nicht nur das Archiv und löschte jede Erinnerung an die sehr

erfolgreiche Ära Büchel aus, sondern kümmerte sich aus Ignoranz, Arroganz und Schlampigkeit nicht darum, was dieses Lager alles enthielt. Und damit können heute alle indirekt Verantwortlichen jede Verantwortung von sich weisen.

Ein weiteres Indiz für eine gezielte Vernichtung scheint zu sein, dass zumindest das Privateigentum von Büchel, nämlich die Texte von fünf Programmen Kabarett Kaktus und 70 Dissertationen Büchels «gerettet» wurden. Dies, nachdem man jahrelang erklärt hatte, diese Texte und Bücher seien nicht vorhanden.

23 Jahre Büchelintendanz heisst etwa 3.700 Aufführungen, unzählige Ausstellungen, Korrespondenz, Abrechnungen etc., die akribisch dokumentiert wurden. Dodo Büchel, Ulrike Gerdenitsch und Gerlinde Trummer bauten dieses Archiv auf, das im Estrich der ehemaligen Schaaner Kaplanei, im Archiv des TaK und in sechs fahrbaren Regalen im Foyer untergebracht war.

Das TaK und seine verloren gegangene Geschichte

Am 28.4.2005 endlich gestand man nach langem Hin und Her Alois Büchel eine «Archivbesichtigung» zu. Eine Besichtigung, die in einem Schreiben des TaK genau geregelt war, insgesamt gestand man Büchel eine Stunde zur Besichtigung zu. Zehn Minuten hätten für den Augenschein des vorhandene «Archivs» gereicht. Büchels Anwalt reklamierte am 18.8.2005, dass die vereinbarte Agenda «Archivbesichtigung» nicht vom Tisch sei, da man von dem vorhandenen Material nicht von Archiv sprechen könne. Büchel fand aus seiner Zeit lediglich einige Ordner und Kartonschachteln vor, die ungeordnete Fragmente wie Fotos und Presseartikel lose verteilt enthielten. Genau genommen enthielt das «Archiv» 8 Ordner, 4 Kartonschachteln und etwa 70 bis 80 Plakate aus der Zeit Büchels. Von der Bildersammlung war nichts mehr vorhanden. Eine Recherche aufgrund der noch vorhandenen Unterlagen ist damit für Büchel unmöglich geworden.

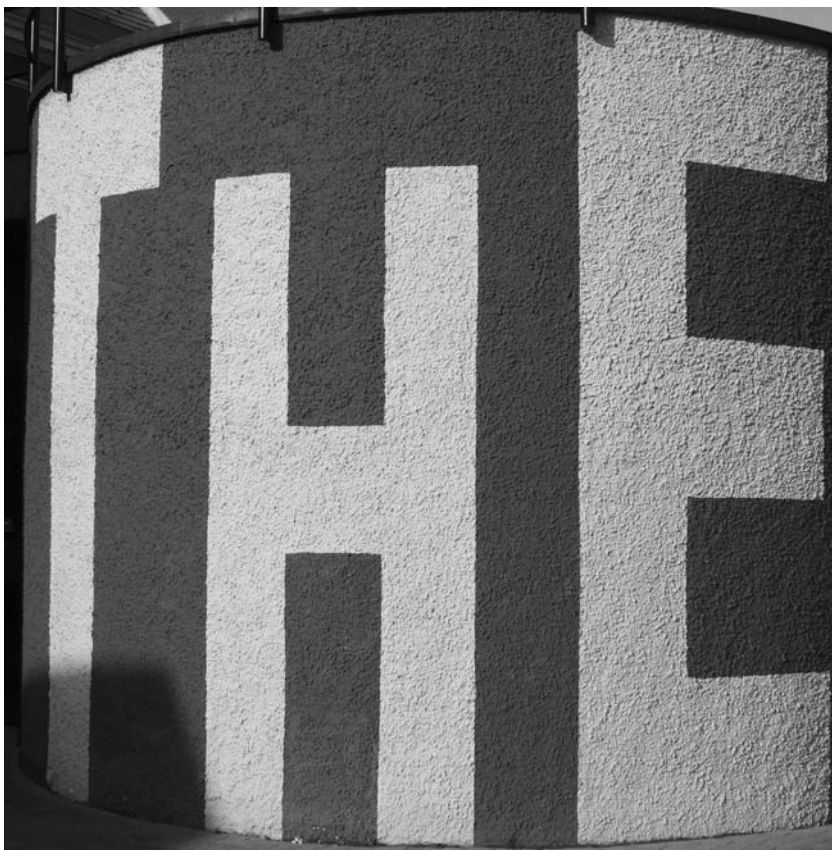
Das TaK verfügte beim Abgang Büchels auch über diverse Bilder aus Ausstellungen. Keines dieser inventarisierten Bilder im Wert von mehreren Hundertausend Franken ist vorhanden. Sie seien, laut Büchel, teils unter den Angestellten billig verschachert worden und der Rest sei weiss Gott wo. Auch darauf weiss niemand eine gesicherte Antwort.

Der tatsächliche Archivumfang

Zu jeder Veranstaltung fiel automatisch Archivmaterial in erheblichem Umfang an: Korrespondenz,

Fortsetzung von Seite 3

Werbematerial, Programmhefte, Plakate, Fotos, Regiebücher, Fernsehaufzeichnungen, Zeitungsberichte etc. Die TaK-Galerie wiederum wurde durch Einladungskarten, Bücher über KünstlerInnen, Belegexemplaren und Werken der Künstler dokumentiert, die entweder dem TaK geschenkt oder vom TaK gekauft wurden. Bei den Korrespondenzen handelt es sich zum Teil um Handschriftliches bedeutender KünstlerInnen, die heute nicht mehr leben und die damals in engem Kontakt zum Theater am Kirchplatz standen. Nichts von alledem ist mehr vorhanden.



The Theater ist wahrlich spektakulär...

Büchel, der sich nun nach zähem Abschluss seiner Forderungen ans TaK, der TaK-Geschichte widmen wollte und bereits die Zusage einer Stiftung hatte, dass er zwei Jahre lang an der Aufarbeitung dieser Kulturgeschichte arbeiten könne, steht vor dem Nichts. Er kann kaum aus dem Gedächtnis heraus die Theatergeschichte Liechtensteins aufarbeiten, dazu war sie zu umfangreich.

Er erwägt nun, anstatt diese Geschichte aufzuarbeiten, was auch für Liechtenstein ein Ruhmesblatt geworden wäre, eine weitere Klage gegen das Theater am Kirchplatz zu führen. Eine Klage, von der Büchel übrigens überzeugt ist, dass sie das Land Liechtenstein führen müsste, handelt es sich dabei doch um Kulturgut, das dem Land gehört.

Bezeichnend, dass niemand etwas weiss?

Der Ex-Intendant Rootering (seit Juli 1997 im Amt und noch im Sommer 2005 mit einer Vertragsverlängerung bestätigt) weiss nichts von einem Archiv und schon gar nicht von dessen Auflösung. Auf die Frage, ob es ihn denn nie interessierte, wo seine Vorgänger ihre Unterlagen untergebracht haben, meinte Rootering, dass ihn nicht interessieren könne, wo nichts sei. Umso erstaunlicher, dass Büchel ein Jahr lang hingehalten wurde mit dem Argument, dass das Archiv von zwei Archivaren betreut werde. Der Widerspruch ist offensichtlich. Einerseits gibt er zu, dass es kein Archiv gäbe und andererseits war die Einsichtnahme in dieses Archiv eine grundlegende Basis für einen Abschluss des Prozesses Büchel/TaK.

Rückfragen bei seinem Vorgänger Kurt Weiss ergaben folgendes: Weiss erinnert sich an ein umfangreiches Archiv in den TaK-Räumen, er bestätigt, dass er dieses Archiv regelmässig konsultierte. Bei seinem Abgang sei jedenfalls noch alles vorhanden gewesen. Was die Bilder betrifft, so bestätigte Weiss, dass damals einige der Bilder an Käufer ausgehändigt wurden, die diese Bilder bestellt, aber nie geholt hätten, einige Bilder seien an die Künstler zurückgegeben worden und einiges auch verkauft. Diese Vorgänge seien anhand der Buchhaltung aus dieser Zeit nachvollziehbar. Auf die Frage, ob damit der gesamte Galeriebestand aufgelöst worden sei, versicherte Weiss, dass es zum Zeitpunkt seines Abgangs durchaus noch einen, wenn auch sehr geringen Bilderbestand gegeben habe. (kj)

Ein Archiv, über 23 Jahre lang aufgebaut und von drei ehemaligen Mitarbeiterinnen Büchels akribisch geführt, ist heute nicht mehr vorhanden, weil es den Verantwortlichen schlichtweg egal war, dass mit der «Auflösung des Lagers» auch das Archiv betroffen war.

Alles, was nach Büchel roch, liess man sowieso besser anbrennen, als dass man sich darum kümmerte – dabei spielte die nationale Bedeutung dessen, was Büchel mit diesem Archiv hinterliess, keine Rolle. Entscheidend scheint auch heute noch zu sein, dass Büchel ein «schwieriger Zeitgenosse» ist, dem man schon allein deshalb nicht trauen könne. Die Wahrheit liegt wie immer irgendwo dazwischen. Auch heute noch werden zwei Dinge miteinander vermischt: Die kulturellen Leistungen eines Büchels werden mit seinem «schwierigen Charakter» gemixt.

Medien beugen sich dem Diktat

Die Medien lassen die Finger von seinen Anliegen, die nachfolgenden Intendanten «schützten» sich mit permanentem Hausverbot Büchels und holten teilweise die Polizei, wenn Büchel auch nur in der Nähe des TaKs war. Alle verloren die Contenance und Souveränität, wenn es um Büchel ging. Die Frage ist nach wie vor, warum alle so reagierten. Büchel ist keiner der schweigt. Die Vernichtung des Archivs und das wirtschaftliche Desaster rund ums TaK wurden durch Büchel fein säuberlich dokumentiert. Er kümmerte sich um «sein Kind», das so nach und nach den Bach runter ging. Doch die Medien machten das, was sie meistens tun: Sie schauten nicht hin, sondern erfüllten eifrig die Selbstdarstellungsbegehren der jeweiligen Intendanten. Kein kritisches Wort, kein genaueres Hinschauen, wenn der ehemalige Aufsichtsratspräsident mit «seinem» Intendanten das TaK an den jährlich wiederkehrenden Pressekonferenzen schön redeten. Gefälligkeitsjournalismus war und ist bequemer.

Das TaK – eine heilige Kuh

Die Politik liess sich feiern und stieg naiv in das Subventionsboot TaK. Der Aufsichtsrat versäumte es über Jahre, die jährlich wiederholten «Mahnungen»

der Revisionsstelle ernst zu nehmen. Die Medien fürchteten den Verlust der Anzeigen, doch wollte das TaK schon sich selbst in den Himmel loben, wenn nicht in unseren Medien. Die Gefahr wäre also relativ gering gewesen, diesen lukrativen Inserenten zu verlieren. Die Häme überlässt man Max Motz, der zwar verschlüsselt vor sich hin philosophiert, aber immerhin andeutet, dass man man nun nicht mehr über die TaK-Zahlen hinwegsehen kann. Dass das TaK jahrelang Forum für Selbstdarsteller und ein Ort der Selbstbedienung war, wollte man offenbar lieber nicht so genau wissen. Man darf gespannt sein, ob detailliertere Informationen nun weiter reichende Konsequenzen haben werden oder ob man darauf besteht, Rootering zumindest noch bis Ende Jahr als «künstlerischen Berater» zu beschäftigen und damit zu bezahlen. Die jetzige Analyse, falls sie geplant ist, müsste zu ganz anderen Schlüssen führen als den «Leistungsauftrag» zwischen Regierung und TaK neu zu formulieren.

Was ist und was kann Theater leisten?

Allein aus einem «neuen Leistungsauftrag» aber wird wohl kaum der Stoff gestrickt sein, aus dem das TaK in die Zukunft geführt werden kann. Nach wie vor kann es nicht nur darum gehen, Kultur zu verwalteln. Dazu sind knapp drei Millionen Franken an Subvention und Spenden zuviel. Lebendigkeit und Leidenschaft, Initiative und Kompetenz müssten zu diesem Betrag zu haben sein – es muss ja nicht gleich das Hungertuch sein, an dem andere nagen, die genau diese Lebendigkeit vorführen. Die jetzige TaK-Krise ist nicht grundsätzlich neu. Es rächt sich heute, dass man nie wirklich einen Neuanfang wagte. Diese Chance sollte man jetzt nutzen: Was wir dringend brauchen, ist ein Theater, das uns den Spiegel vorhält, eines, das die Zeichen der Zeit aufnimmt, Theater, das Lust auf Kultur macht und das zu vermitteln wagt, was im allgemeinen tabuisiert wird. Griechisches Drama als Hauptprogramm bräuchten wir eigentlich keines mehr.

Karin Jenny

Alois Büchel wurde angefragt, ob er eine Kolumne für die neue Zeitung «Kul», ein Produkt des Medienhauses Vaduz, schreiben könne. Der Verlagsleiter Reinhard Walser lehnte den Druck dieses Beitrags ab. Wir finden, dass er lesenswert ist und drucken ihn ungekürzt ab.

«**H**ansjörg Quaderer, ein Schaaner Künstler, hat mit überzeugender Gestaltungskraft sowie Vorder- und Hintersinn den neuen Aufgang des TaK vom grosszügigen Foyer in den Saal des «Theater am Kirchplatz» gestaltet. Das Wort «Courage» ist da zu lesen. Als Bestätigung der aktuell geleisteten Theaterarbeit oder als Aufforderung? Als Leser der schriftlichen Zusendungen Hansjörg Quaderers an die liechtensteinischen Landeszeitungen dürfte ich nicht falsch liegen, wenn ich davon ausgehe, dass er eine Aufforderung an alle richtet, die sich in Richtung Theatersaal bewegen, an den Theaterleiter, die Besucher, die Kritiker: Mehr Courage zu zeigen, nicht zu hudeln.

Die Werbekosten (inklusive Lohnkosten der mit der Werbung Befassten) nähern sich unaufhaltsam dem Niveau des gesamten Produktionsertrages an. Man könnte also auf der Basis schlichter Vereinbarungen und praktisch kostenloser Ankündigungen in den Landeszeitungen das Publikum gratis ins Theater lassen, ohne finanzielle Einbussen zu erleiden.

Courage ist gefragt

Quaderer selbst beweist Courage bei seinen schriftlichen Äusserungen, er hudelt nicht, denkt und schreibt nicht der Oberfläche entlang, und so werden selbst kleine Leserbriefe zu stilsicheren und dank seiner Formulierungskunst köstlichen Aufforderungen, sich seines Verstandes zu bedienen. Und wie steht es diesbezüglich mit der Theaterleitung, den KritikerInnen, den BesucherInnen? Da fällt die Antwort um einiges schwerer. Besucher gibt es immer weniger, noch etwa 20 Prozent von jenem Strom, der sich ins TaK ergoss, als das Kürzel offenbar als Marke galt, die sich durchgesetzt hatte.

Also sind die Abwesenden schuld.

Aus Sicht des Theaterleiters und des kürzlich abgetretenen und das Theater in einer äusserst desolaten

Situation zurücklassenden Präsidenten der Genossenschaft auf jeden Fall: Das Publikum ist nicht mehr motivierbar, überlässt sich einer ziellosen Fernseh- und Vergnügungssucht, das Theater hat eigentlich ausgedient. Die Zeiten sind es eben, die nicht so sind, wie sie sein sollten.

Der Theaterleiter schmeisst mit Werbegeldern um sich, dass es eine wahre Unlust ist: Die Kulturstätte als virtuelle Behauptung, des als ob. Es wird gehudelt. Nachdem das TaK keine Marke mehr ist, prözt man auf dem Markt mit Werbemitteln, die nichts bringen und umso mehr kosten. Vollendeter Ausdruck dieses Exzesses: Weltformatplakate künden von Chur bis Rorschach von einem Konzertprogramm, das bei genauem Hinsehen sich als schon abgespultes erweist. Die Werbekosten (inklusive Lohnkosten der mit der Werbung Befassten) nähern sich unaufhaltsam dem Niveau des gesamten Produktionsertrages an. Man könnte also auf der Basis schlichter Vereinbarungen und praktisch kostenloser Ankündigungen in den Landeszeitungen das Publikum gratis ins Theater lassen, ohne finanzielle Einbussen zu erleiden.

Also alles bestens

Dieser Meinung sind jedenfalls einige Kritiker unserer Landeszeitungen, die auch an dem Wort «Courage» vorbeiziehen, ohne sich offenbar davon angesprochen zu fühlen. Während die Revisionsstelle des TaK alljährlich den Gang zum Konkursrichter anmahnt, lässt das Programm unkommentiert alljährlich Haare. Nach der Streichung zahlreicher Segmente des ehemaligen «Centre Culturelle» wie Galerie, Jazz- und Ballettreihen, TaKinoprogramm, Nationenfestivals etc. gingen in der laufenden Saison dem Sonderabonnement die letzten Haare aus. Das Toupet heisst Werbung, nur schmückt es schlecht. Gemäss den Kritikern, man lese etwa die Verlautbarungen im Volksblatt über die letzte Generalversammlung, ist wirklich alles bestens. Von wegen Qualitätseinbussen. Zuversicht an allen Fronten, und dies schon seit vielen Jahren, seit 1999, z.B. als die vorgenannten TaK-Würdenträger dem Landtag millionenhohes Zusatzleistungen abtritten und rooterigten und zu diesem Behelfe neun Versprechen abgaben, von denen eine einzige eingehalten wurde.

Oder: Die uncouragierten Kritiker haben sich bis heute geweigert, eine umfassende Analyse zum Abstieg des TaK auch nur zu lesen. Das nennt man Courage aus ureigener Sicht. So erhält man sich das Vorurteil, dass alles bestens ist. Oder wie es ein

Unkritiker formulierte: «Ich bin bei dieser Zeitung als Schönschreiber angestellt.» Nur nützt diese Schönschreiberei niemandem, wie man im Allgemeinen weiss und hier im Speziellen nachweisen kann. Ausser vielleicht dem Verhältnis zu den obgenannten Würdenträgern, die als verwöhnte Menschen schrecklich unter verletzter Eigenliebe leiden sollen.

Lieber Kunst als Catering...



Die beschützende Arbeitsstätte TaK wird also weiterhin mit uneingeschränktem Hudeln (Lob) rechnen dürfen, bis auch der letzte Vertreter des an der ganzen Misere allein schuldigen Publikums nicht mehr Publikum sein will, weil dazu mindestens zwei gehören. Die mathematische Wahrscheinlichkeit besteht. Eine weitere Lösung des Problems liegt im vorgeführten Potential baulicher Veränderungen. Die Platzzahl im TaKino hat man durch Auswechslung der Stühle durch Sofas von 210 auf 85 korrigiert, im TaK haben es jetzt 290 Zuschauer viel bequemer als vordem 440 (inklusive der Reservestühle). Man muss es den Zuschauern immer bequemer machen, dann müssen sie sich eines Tages mit Sicherheit nicht mehr ins TaK bequemen, weil es eben keine Plätze mehr gibt. Wenn das keine bequeme Lösung ist. Diese Lösung wurde anlässlich der Generalversammlung schon einmal – völlig uncouragiert zwar – angedeutet: man will das TaK künftig vermehrt Firmen und anderen Gesellschaften als Feierstätte anbieten, die Bar erfüllt alle Bedürfnisse, die im Theatersaal aus Geldmangel nicht mehr gestillt werden können. Dieses Ziel könnte erreicht werden, denn die Kontrolleure der Steuergelder scheint es wie die Kritiker und die Theatergewalttätigen nicht übermässig zu interessieren, ob in Kunst oder Catering investiert wird. No net hodla. Wenn das ka Hodli sind...huhhhhh»

Dr. Alois Büchel

Rootering dementiert Behauptungen Büchels.

Auf Anfrage bei Rootering, ob er tatsächlich einen Monatslohn von etwa 20'000 Franken bezogen habe und diesen auch als «künstlerischer Berater» bis Ende des Jahres beziehe, stellte Rootering fest, dass sein Lohn «weit unter diesem Betrag» sei und er für seine Tätigkeit als künstlerischer Berater einen fest geschriebenen Betrag bekomme, den er nicht nennen wolle. Wie hoch sein Lohn inkl. der jedem Intendanten zustehenden Regieentlohnung und diverser Privilegien nun wirklich ist, konnten wir nicht herausfinden. Auf die Zahlen angesprochen, die den Revisionsberichten zu entnehmen sind, konnte Rootering nur festhalten, dass er das TaK mit 1 Million Franken Schulden übernommen habe. Auf die hohen Werbekosten angesprochen und seinen Mitarbeiterstab, den er sich im Laufe der Jahre zugestanden, äusserte sich Rootering nicht. Rootering äusserte lediglich sein Befremden darüber, dass man Büchel Platz einräume. (kj)

In diesem Interview wird deutlich, was Büchel in seiner Kolumne, die ursprünglich vom «KUL» bestellt und nie abgedruckt wurde, konkret meint, wenn er das Programm und die Finanzgebarung der letzten TaK-Jahre anprangert.

FL-info : Mit deiner Kolumne bist du beim Liechtensteiner Vaterland abgeblitzt, obwohl man dich mehrere Male um eine Kolumne bat. Hat man Gründe dafür genannt und wann ja, welche?

A. Büchel: Janine Köpfli, eine mutige Journalistin, bat mich um einen Kommentar. Ich fragte sie, ob sie wüsste, was sie sich da antue. Angesichts der TaK-Krise würde ich keinen Süswasserssprudel fabrizieren. Ausserdem hätte ich gerade in vielwöchiger Arbeit eine TaK-Analyse erarbeitet, zuerst als Vorbereitung zu meinen TaK-Büchern und sei auf unglaubliche Dinge gestossen. Abgelehnt wurde dann mein Kommentar nicht von Janine Köpfli, sie kämpfte dafür, sondern von Reinhard Walser, dem ehemaligen Geschäftsführer des Medienhauses. Das passe nicht in die Kultour, wo das TaK für seine Selbstverherrlichung bezahle.

Warum Rootering von Dr. Ritter einen Monatslohn von etwa 20'000 Franken aus Steuergeldern zugesprochen bekam, darüber kann jeder selbst spekulieren. Dazu kommen noch jede Menge Privilegien inklusive ein Mercedes im Wert von etwa 80'000 Franken, den das TaK bezahlt hat.

Du kritisierst das TaK-Programm unter der Rootering-Ära, was genau stört dich daran?

Alles, was fehlt, und das ist fast alles. Kabarett, Jazz, Galerie, Kultur, die interessieren muss. Dass Rootering gar nicht weiss, warum er etwas macht, sein fehlendes Engagement, die die Theater-Atmosphäre deutlicher erfüllen als die sprichwörtliche TaK-Theaterluft, die auch die Ostschweizer und Vorarlberger zu meiner Zeit in Scharen anzog. Als Person interessiert er mich nicht, da wünsche ich ihm alles Gute. Als Theatermacher, Gott behüte. Warum Rootering von Dr. Ritter einen Monatslohn von etwa 20'000 Franken aus Steuergeldern zugesprochen bekam, darüber kann jeder selbst spekulieren. Dazu kommen noch jede Menge Privilegien inklusive ein Mercedes für Rootering im Wert von etwa 80'000 Franken, den das TaK bezahlt hat.

Du behauptest, dass die Werbekosten unter Rootering beinahe die Höhe des Produktionsertrags erreichten. Woher hast du diese Zahlen?

Ich besitze alle Revisionsberichte und damit die Zahlen. Dr. Ritter nannte als Hauptgrund für die Entlassung von Weiss dessen exorbitante Ausgaben für die Werbung. Sie waren aber nur halb so hoch wie in den letzten Jahren bei Rootering. Logik? Demnach hätte man Rootering schon lange entlassen müssen. Ich habe, vom Land in einer grossen Untersuchung festgestellt, Jahr für Jahr sechs Prozent der Einnahmen für die Werbung ausgegeben. Rootering fast 100 %. Man hätte also alle Leute gratis ins Theater lassen können, die Vorstellungen nur per Handzettel und in der Zeitung ankündigen müssen. Absurdes Theater, nur schlechter.

1999 war das TaK wieder einmal pleite. Die Regierung und der Landtag gewährten grosszügige Finanzspritzen, allerdings unter klaren Auflagen. Im «Bericht und Antrag der Regierung an den Landtag, Nr. 80/1999 versprechen Ritter/Rootering, um die Finanzspritzen zu erhalten: «Senkung der Werbekosten durch Erarbeitung geeigneter Werbekonzepte und ständiger Ausgabenkontrolle.» Zu diesem Zeitpunkt gab das TaK für Druckkosten und Werbepersonal 235'613 Franken oder 30% der Produktionseinnahmen statt sechs Prozent aus. Wie sah die verlangte Senkung aus? Im Jahre 2001 waren es 535'127 Franken, 2003 587'439 Franken. Die Einnahmen sanken von 737'817 Franken im Jahre 1999 auf 706'234 im Jahre 2003. Musste unter meiner Intendanz ein Zuschauer im Schnitt der Jahre 1988 bis 1992 mit ca. 19 Franken über Subventionen und Spenden bezuschusst werden, waren dies unter Rootering schon im Jahre 2003 162 Franken, also achtmal mehr.

Du wolltest die 23-jährige TaK-Geschichte zu deinem 65. Geburtstag aufarbeiten, nun gibt es aber das Archiv nicht mehr. Was willst du nun machen?

Die Regierung auf den Knien bitten, dass sie einen Prozess führt. Dann beantragen, dass Ritter und Rootering die Kosten tragen für die Wiederbeschaffung aller Berichte über das TaK, Gesamtdarstellungen, Fotos und Programme bei den eingeladenen Theatern und Künstlern, Fotos bei den Fotografen des TaK, Beschaffung der Unterlagen für die Galerie etc. bei den Theatern, der Fernsehaufzeichnungen bei den Fernsehanstalten, etc. Bezahlen sollen die Hauptverantwortlichen Ritter und Rootering. Die sind schon in der Lage dazu. (kj)

Radio Liechtenstein fehlt nicht nur das Geld, vor allem fehlt die Besinnung auf den journalistischen Auftrag. Seichtes Infotainment und banales Getalke rechtfertigen nicht staatliche Zuschüsse in der Höhe von 1.5 Mio Franken.

Fangen wir mit dem Auftrag an: Gemäss Rundfunkgesetz muss Radio Liechtenstein in erster Linie informieren und erst in zweiter Linie unterhalten. Das Programmangebot muss differenziert, anspruchsvoll und qualitativ hochwertig sein, weiter muss es unverwechselbar sein. Wörtlich heisst es: «Im Wettbewerb mit den kommerziellen Sendern ist in Inhalt und Auftritt auf die Unverwechselbarkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu achten. Sendungen in den Bereichen Information, Kultur und Wissenschaft haben sich durch hohe Qualität auszuzeichnen. Der LRF hat ferner auf die kulturelle Eigenart, die Geschichte und die politische und kulturelle Eigenständigkeit Liechtensteins besonders Bedacht zu nehmen.»

Wir brauchen ein Radio, das ein Forum für Diskussionen bietet, das kritische Impulse gibt, das selbstbewusst und stark ist.

Die banale Radio-Realität

Dies ist die Kernaufgabe, nur die Erfüllung dieses Auftrags rechtfertigt staatliche Beiträge. Er wird heute eindeutig nicht erfüllt: Es wird nicht einmal mehr versucht, anspruchsvolle Informationen zu liefern. Bezeichnend dafür folgender Satz auf der Homepage von Radio Liechtenstein: «Radio wird heute nicht mehr primär als Informationsmedium, sondern zunehmend als Begleitmedium während des ganzen Tages genutzt.» Also nicht Information als Kernaufgabe, sondern Berieselung mit Hintergrundmusik. Seicht und anspruchslos. Ganz im Gegensatz zu den (An-)Sprüchen, mit denen Radio Liechtenstein für sich wirbt («informativ, kompetent und dazu immer die beste Musik»).

Im Mainstream der Privatradios

Sicher, Radio Liechtenstein durchlebt schwierige Zeiten. Aber es wäre eine zu billige Ausrede, mit dem vom Landtag auferlegten Sparzwang alles zu entschuldigen. Radio Liechtenstein orientiert sich an den Privatradios: nirgends anecken, nichts hinterfra-

gen. Statt zu recherchieren, hält man lieber irgendwelchen Leuten das Mikrophon unter die Nase und holt kurze Statements ab. Keine eigenen Ideen, keine Kommentare, keine (Denk-)Anstösse.

Partnerschaften bilden

Soll Radio Liechtenstein Bestand haben, muss es qualitativ hochwertig informieren und sich gegen die starke Konkurrenz behaupten. Das ist möglich, nur braucht es dafür Fantasie, Engagement und Begeisterungsfähigkeit. Radio Liechtenstein muss sich auch den Bedürfnissen jener Leute zuwenden, die sich heute nicht angesprochen fühlen, und es muss Partnerschaften bilden. Der Publikumsrat hat heute nicht mehr als eine Alibifunktion: Er bietet dem Sender eine basisdemokratische Legitimation, hat aber nichts zu sagen. Entweder pflanzt man diesem Papiertiger Zähne ein oder man schläfert ihn auf.

Zum Thema Partnerschaften: Das Radioteam ist für ein Vollprogramm zu klein. Doch es braucht nicht einfach mehr Angestellte, sondern es braucht freie Mitarbeiterinnen. Andere Sender machen es längst vor: sei es Radio Ri mit seinen freien Mitarbeitern, Tele Ostschweiz mit Ernst Mühlemann oder SF2 mit der Kooperation mit Schweizer Verlegern. Profilierte Köpfe, die regelmässig bestimmte Sendungen moderieren, finden Interesse.

Fördern und fordern

Die Akzeptanz von Radio Liechtenstein ist gemäss einer Umfrage der Regierung gut, doch bei vielen LiechtensteinerInnen spüre ich wachsendes Desinteresse und Unzufriedenheit. Wiederholt wurde ich darauf angesprochen, wieso ich mich (immer noch) für ein öffentlich-rechtliches Radio einsetze. Ich bin überzeugt: Radio Liechtenstein ist ein wichtiges Projekt mit staatspolitischer Bedeutung, es darf uns nicht egal sein. Wir müssen ein Radio wollen, das mehr bietet als Infotainment und Imagepolitik. Wir müssen RadiomacherInnen fordern, die ihren Job nicht als blossen Gelderwerb sehen. Liechtenstein braucht professionelle, unabhängige, mutige Medienschaffende, die von einem inneren Feuer beseelt sind. Wir brauchen ein Radio, das ein Forum für Diskussionen bietet, das kritische Impulse gibt, das selbstbewusst und stark ist. Und wir brauchen Radioverantwortliche, die sich dafür stark machen.

Paul Vogt

In einer Reaktion auf das Interview im fl-info 4/05 stellte Erbprinz Alois fest, dass «das Gerede vom absolut regierenden Monarchen ein Unsinn ist.» Trotz dieser Durchlauchten Abqualifizierung bleibe ich bei meiner Aussage: Neben einer Monarchen, der auf alle Rechte besteht, die ihm in der Monarchie zustehen, kann nur eine vom Fürsten geduldete Demokratie existieren.

Das ist kein Unsinn, es ist schlicht und einfach eine Tatsache. Dafür gibt es genug Beispiele in der Liechtensteinischen Verfassung.

Zum Beispiel Art. 9: «Jedes Gesetz bedarf zu seiner Gültigkeit der Sanktion des Landesfürsten» in Zusammenhang mit Artikel 65: «Erfolgt die Sanktion des Landesfürsten nicht innerhalb von sechs Monaten, dann gilt sie als verweigert. Artikel 65 ist übrigens auch noch interessant im Zusammenhang mit dem fürstlichen Hausgesetz, dem Liechtensteinischen Landesgesetzblatt Jahrgang 1993, Nr. 100, ausgegeben am 6. Dezember 1993. In besagtem Artikel 65 der Verfassung steht nämlich auch: «Ohne Mitwirkung des Landtages darf kein Gesetz gegeben, abgeändert oder authentisch erklärt werden.»

«Das Fürstentum Liechtenstein ist eine konstitutionelle Erbmonarchie auf fürstlich geduldeter demokratischer und parlamentarischer Grundlage. Die Staatsgewalt ist, solange es dem Fürsten genehm ist, in Fürst und Volk verankert.»

Die meisten LiechtensteinerInnen können sich noch an den denkwürdigen Tag erinnern, auf welche Weise uns Hans Adam II. das faule Ei namens «Hausgesetz» untergejubelt hatte. Als die Mehrheit des Landtages 1993 Regierungschef Markus Büchel das Misstrauen aussprach und den Fürsten bat, diesen aus dem Amt zu entheben, kam der Fürst diesem Auftrag nicht nach, sondern löste statt dessen den Landtag auf und ordnete Neuwahlen an. Noch vor diesen Wahlen legte er Markus Büchel das Hausgesetz zur Unterzeichnung vor. Dieses Gesetz wurde also ohne Zutun des Landtages erlassen und von einem Regierungschef unterzeichnet, der das Vertrauen des Parlaments verloren hatte.

Warum ist das Hausgesetz ein faules Ei?

In Artikel 31, Abs. 2) der Landesverfassung steht: «Mann und Frau sind gleichberechtigt.» Dann müs-

ste es ja möglich sein, dass wir als Staatsoberhaupt auch eine Fürstin haben. Ist es aber nicht, weil das Hausgesetz eben dem Gleichberechtigungsartikel 31 in sehr vielen Teilen nicht entspricht. Ein paar Beispiele gefällig: Hausgesetz Artikel 9 Abs. 1): «In Angelegenheiten des Hausgesetzes sind alle männlichen, nach dem Hausgesetz volljährigen, voll handlungsfähigen und thronfolgeberechtigten Familienmitglieder stimmberechtigt» und Abs. 3) «Die Thronfolge kann nur antreten, wer gemäss Hausgesetz stimm- und wahlberechtigt ist.» Hans Adam wusste, dass dieses Gesetz im Landtag keine Zustimmung hätte finden können, weil es auch der damals gültigen Verfassung widersprach. Was lag also näher, als die damalige Situation bewusst auszunutzen, nämlich den Landtag aufzulösen, den vom Landtag ungeliebten Regierungschef bis zu den Neuwahlen im Amt zu behalten und diesem sein verfassungswidriges Gesetz zur Unterschrift vorzulegen.

Die Monarchie wird gestärkt, nicht die Demokratie

Völlig absurd ist auch die vom Fürstenhaus aufgestellte Behauptung, dass mit dem neuen Art. 13ter³ die Möglichkeit besteht, dem Fürsten das Misstrauen auszusprechen und damit die Demokratie entscheidend gestärkt werde. Sollte nämlich das Volk dem Fürsten das Misstrauen tatsächlich aussprechen, entscheiden letztendlich nämlich die stimmberechtigten Mitglieder des Fürstenhauses. Man geruht dann «Die gemäss dem Hausgesetz getroffene Entscheidung dem Landtag durch den Landesfürsten (ausgerechnet von dem, dem in diesem Falle ja schon vorher von der Mehrheit des Volkes das Misstrauen ausgesprochen worden wäre) innerhalb von sechs Monaten bekannt zu geben.» Es gäbe noch genug weitere Beispiele, die eindrücklich zeigen, dass in unserer «dualistischen» Verfassung nur der «Teil Volk» geregelt und kontrolliert wird. Alles, was den «Teil Fürst» betrifft, hat offene Hintertürchen, ist sehr grosszügig formuliert (wenn er das Vertrauen verliert, usw.) und vor allem ist er nicht kontrollierbar. Also müsste eigentlich in der Verfassung Art. 2 stehen: «Das Fürstentum Liechtenstein ist eine konstitutionelle Erbmonarchie auf fürstlich geduldeter demokratischer und parlamentarischer Grundlage. Die Staatsgewalt ist, solange es dem Fürsten genehm ist, in Fürst und Volk verankert.»

Werner Schädler

«...unter anderem machte dabei auch Aussenministerin Rita Kieber-Beck dem prominenten Gast seine Aufwartung...» Volksblatt 3.12.2005

Unter anderem machen wir dem zuständigen Redaktor seine Aufwartung...

«Es ist aber nicht so, dass wir uns für ein eigenes Erzbistum eingesetzt haben. Auch der Fürst nicht, wie immer wieder falsch behauptet wird. Er hat sogar dem Nuntius davon abgeraten. Aber als es dann so kam, haben wir die Situation akzeptiert, und mittlerweile geniessen wir auch gewisse Vorteile. So kennen wir im Unterschied zu allen anderen deutschsprachigen Ländern keinen Priestermangel...» Erbprinz Alois in einem Interview der SonntagsZeitung vom 25.12.2005

Auf diesen «gewissen Vorteil» könnten wir eigentlich gut verzichten.

«Der Vorteil des vorbestimmten Weges ist, dass man sich über seine Karriere keine grossen Gedanken machen muss und dass man sehr genau weiss, was einen erwartet...» Erbprinz Alois, SonntagsZeitung, 25.12.2005

Born to be wild.

«...hat die Gemeinde Vaduz insgesamt bereits 21,44 Millionen Franken in die Infrastruktur des Stadions fliessen lassen. In diesen Kosten sind auch die gesamten Investitionen in der Verkehrserschliessung integriert. Damit wurden auch Probleme der Verkehrspolitik, [...] geschaffen, welche in der gesamten Region Vorzeigecharakter geniesst.» Volksblatt 24.1.2006

Was man doch alles versäumt, wenn man das Volksblatt nicht liest.

«Hausärzte leisten die günstigste Medizin, sind sich Ärzte und Versicherer einig...» Coopzeitung, 8.2.2006

Soweit waren wir auch schon einmal...bis die Regierung wechselte.

«Ich gehe davon aus, dass der Dialog nun beendet ist», so der Landtagspräsident gegenüber dem Volksblatt. ...Weitere Gespräche zwischen den beiden parlamentarischen Delegationen seien nicht notwendig und nicht mehr zielführend, so Wanger....» Volksblatt, 25.1.2006

Dann gehen wir davon aus, dass auch für den Landtagspräsidenten zumindest die bisherigen

Gespräche mit dem Europarat notwendig und zielführend waren.

«...Der Wunsch, wieder mehr Regiearbeit zu machen, sei auch der Grund für seinen Abgang als Intendant. ‚Ich verlasse das Theater am Kirchplatz auf eigenen Wunsch und weil ich wieder vermehrt künstlerisch tätig sein möchte‘, betonte Rootering. Seit seiner Ernennung zum Intendanten hat Rootering neben einer teilweise spektakulären Programmierung mit internationalen Theater-Leckerbissen in Schaan auch als Regisseur für Furore gesorgt [...] Zudem ist es ihm während seiner Intendanz gelungen, alte Streitereien, wie sie die Geschichte des Theaters am Kirchplatz in den frühen und mittleren Neunzigerjahren geprägt hatten, vergessen zu lassen. Wer am Haus mit einem Budget von über drei Millionen Franken auf Rootering folgt, ist derzeit noch nicht bekannt.» 7.2.2006 Die Südostschweiz

Der Journalistenflüsterer versteht sein Metier.

«Ist ein Medium gut und glaubwürdig, ist es auch machtvoll», unterstrich Christiansen in ihrem Vortrag ‚Macht und Medien‘. Auf Dauer zähle das Vertrauen, das Leser, Hörer und Zuschauer einem Medium entgegenbrächten. Ohne die Kontrolle neugieriger Medienmenschen aber funktionierten Politik und Wirtschaft kaum...» Volksblatt, 26.1.2006

Christiansens Wort in Frommelts Ohr...

«...wenn sie aber nicht integrationswillig sind oder sich nicht zu Grundprinzipien unserer Gesellschaft, wie beispielsweise die Akzeptanz des gleichberechtigten Verhältnisses zwischen Mann und Frau bekennen, sind sie aus meiner Sicht in unserem Lande fehl am Platz...» Jürgen Beck «Auf den Punkt gebracht» am 14.2.2006

Aber, aber, Herr Beck – kein Hochdeutsch im Kindergarten gehabt? Und ausserdem: wer da alles ‘fehl am Platz’ wäre.

Und weil's so schön ist, ein paar Titel:

«Hohe Politik auf der Höhe» Volbla 14.2.2006

Wenn die FBP auf dem Sareis racletten geht, ist sie voll auf der Höhe.

«An einer Medaille geschnuppert» Vala 13.2.2006

«Ein Schlag ins Gesicht» Volbla, 13.2.2006

Der arme Bux...erst schnuppert er bei den einen, dann hauen ihm die anderen eine ins Gesicht...

In den Jahren sprudelnder Einnahmen musste sich niemand Gedanken darüber machen, woher das Geld für Prestigebauten, Imagekampagnen, Verwaltungsaufwand, Sozialwerke usw. kommen soll. Jeder Sparappell verlief im Sand. Das hat sich mittlerweile geändert.

Die Regierung möchte mittelfristig Budgeteinsparungen von 50 Millionen Franken erreichen. Ein Hauptargument hat sie publizistisch auf Einsparungen im Sozialbereich gerichtet. Ängste machen sich breit, einschneidender Sozialabbau wird befürchtet und der Frust, dass an anderer Stelle nach wie vor Geld verschleudert wird, sitzt tief. Die Regierungsparteien wiederum scheinen zu diesen «sozialverträglichen Einschnitten» nur Ja zu nicken, dort ein Stück weniger, hier gar nichts mehr - Millionenbeträge einzusparen heisst für viele nur mehr, dass eine Umverteilung von unten nach oben geplant ist.

Das Lieblingskind der Regierung, die Wirtschaft soll weiterhin verwöhnt werden, sie haben das Argument der Arbeitsplätze in der Hand. Dabei wird übersehen, dass mindestens 8 von 10 neuen Arbeitsplätzen durch PendlerInnen besetzt werden. Leistungsschwächere Menschen werden gekündigt und oft in die IV oder in die Sozialhilfe gedrängt. Damit bleiben die neuen IV-Fälle auf hohem Niveau, die Sockelarbeitslosigkeit zeigt tendenziell nach oben. Die Sozialhilfekosten steigen munter an.

Über den Lohnzuschuss für Leistungsschwache können sowohl die Wirtschaft als auch die IV entlastet werden.

Der Sparzwang diktiert die neue Gangart

Das in vielen Jahren aufgebaute funktionierende Sozialsystem kann und soll in jenen Bereichen, wo es ausufernde Leistungen oder falsche Anreize gibt, korrigiert werden. Korrekturen, wie Streichungen und Kontrollmechanismen wie sie bei der IV nun geplant sind, werden eine Einbahnstrasse sein. Die enge Interpretation der IV-Bestimmungen in der Schweiz hat dazu geführt, dass die Anzahl jener, die von der Sozialhilfe abhängig sind, sprunghaft angestiegen ist. Wenn es nicht gelingt, Arbeitsplätze für Leistungsschwache zu erhalten bzw. zu fördern, bleiben alle neuen Reglementierungen Flickwerk. Es wird bestenfalls ein Verschieben von einem Sozialwerk ins andere erreicht. Der gut gemeinte Aktionismus kann nur gelingen, wenn gleichzeitig die Wirtschaft bzw. die Arbeitgeber mit ins Boot geholt werden.

Am Beispiel der Invalidenversicherung zeigt sich die bisher mangelnde Mitverantwortung der Wirtschaft. Die IV-Rente war oft der einfachste Weg für die Arbeitgeber, leistungsschwächere oder ältere ArbeitnehmerInnen durch junge, billigere Arbeitskräfte auszutauschen. In unausgesprochener Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Behörden und Betroffenen lief das Abschieben in die IV reibungslos. Niemand, der meckerte, niemand, der ans Sparen dachte. Dabei kreierte man bereits 2001 das Instrument des «Lohnzuschusses», um die IV-Kosten in den Griff zu bekommen.



Das Modell sah vor, dass leistungsschwächere ArbeitnehmerInnen innerhalb des Betriebs ihren Fähigkeiten und Leistungen angepasst weiter beschäftigt werden, ein Teil des Lohns aber über die IV geleistet wird. Insgesamt drei ArbeitnehmerInnen wurden auf diese Weise im Jahr 2004 weiter beschäftigt. Das Modell geriet in Vergessenheit und zeigte seine grösste Schwäche darin, dass es ein Bonus-System war. Die Wirtschaft war nicht wirklich angehalten, zu handeln.

Politik muss Wirtschaft ins Boot holen

Mit einem Bonus-Malus-System aber könnten wir das Instrument des Lohnzuschusses neu beleben.

Die Arbeitgeber, die nicht auf dieses System zurückgreifen, könnten steuerlich zur Kasse gebeten werden. Wir haben es heute mit mehreren 100 Menschen zu tun, die erst einmal «ausgliedert» wurden. Menschen, die zumindest teilweise einsetzbar wären. Würden insbesondere grössere Industriebetriebe in die Pflicht genommen, würde sich die finanzielle Belastung der IV automatisch reduzieren. Zudem entlassen wir ArbeitnehmerInnen nicht aus ihren Tagesstrukturen, sie werden weiter gebraucht und leisten, wenn auch etwas reduzierter, ihren Pflichtbeitrag in unserer Gesellschaft. Meine Erfahrung als Hausarzt bestätigt mir immer wieder, dass Arbeitgeber offene Ohren haben für neue Lösungen, aber nur dann, wenn dadurch eine win-win-Situation gefördert wird.

Die Errungenschaften unseres funktionierenden Sozialsystems zu erhalten, ist ein zentrales Anliegen der Freien Liste. Was wir jedoch nicht unterstützen ist ein Sozialabbau, der zulasten jener geht, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Nach Jahren kollektiven Profitierens eines Systems, das neu überdacht werden muss, ist es nur legitim, an die kollektive Verantwortung zu appellieren, die Wirtschaft an ihre wichtige Mitverantwortung zu erinnern und ein Instrumentarium zu schaffen, das die Arbeitgeber aktiv einbindet. Ein Nein zum Sozialabbau ist keine pure Oppositionsübung - vielmehr soll dieses Nein eine Aufforderung sein, die Sozialleistungen unter Einbezug der Wirtschaft zu plafonieren und damit auch morgen noch zu garantieren.

Pepo Frick

EINLADUNG



27. März 2006 um 19.30 Uhr, Rest. Linde, Schaan
"Sparzwang und Sozialabbau"
ReferentInnen: Isabelle Frommelt und Pepo Frick
Informationsveranstaltung der Freien Liste.

Es sind alle Interessierten herzlich eingeladen.
Freie Liste

Die Stimmung im Lande ist schlecht wie selten. Mit wachsender Befremdung verfolgt die Bevölkerung etwas für Liechtenstein völlig Ungewohntes: Einen handfesten Tarifstreit. Nach Jahrzehnten ungetrübter Sozialpartnerschaft sind sich ausgerechnet die Tarifpartner im Gesundheitswesen in die Haare geraten.

So waren es denn auch nicht die Tarifpartner selbst, die den Streit vom Zaune rissen. Wieder ist es ein Reformprojekt der Regierung, das für grosse Unruhe und Unsicherheit im Gesundheitswesen sorgt. Ausgelöst wurde der Streit zwischen den Tarifpartnern nämlich durch den Beschluss der Regierung, neu als Abrechnungstarif für ambulante ärztliche Leistungen ab 2006 das schweizerische Tarifsystem TARMED einzuführen. Was das Hausarztsystem und die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) 2003 angeblich nicht zustande brachten, soll jetzt der TARMED richten: Eine bessere Kontrolle der Leistungserbringer, vermehrte Vergleichbarkeit mit der Schweiz und allgemein mehr Transparenz in der Krankenversicherung.

Parteidenken geht über jede Vernunft

Die Einführung von TARMED ist ein altes Postulat der FDP. Seine Umsetzung gerät aber je länger je mehr zu einem Fiasko. Ursprünglich bereits auf Anfang 2005 geplant, musste die Einführung von TARMED bereits mehrfach verschoben werden. Schuld daran ist der erbitterte Widerstand der Ärzteschaft gegen das neue Tarifsystem. Die Ärzte monieren im Besonderen, dass sie als wichtige Partner im Gesundheitswesen vor dem Entscheid der Regierung nie angehört wurden und ihre grundsätzlichen Bedenken gegen TARMED nie ernsthaft einbringen konnten. TARMED wurde über ihre Köpfe hinweg und von oben herab verordnet, obwohl im KVG das Anhören der betroffenen Leistungserbringer vor Einsetzen eines neuen Tarifes durch die Regierung vorgeschrieben ist. Parallelen zur Abschaffung des Hausarztsystems drängen sich auf. Auch dieses wurde per Dekret und ohne vorhergehende Konsultation der Betroffenen aus rein parteipolitischen Gründen von der FDP über Bord gekippt. Dass damit ein vielversprechender Ansatz zur Kostenkontrolle abgewürgt wurde, schmerzt heute doppelt.

Big Brother im Gesundheitswesen

TARMED ist nicht nur ein Abrechnungssystem für ärztliche Leistungen, sondern auch ein hochkomple-

xes Datenerfassungs- und Datenkontrollsystem, eine Art «Big Brother» des Gesundheitswesens. TARMED leistet der totalen Ökonomisierung und Bürokratisierung der Medizin weiter Vorschub. Welche Blüten diese Entwicklung treiben kann, zeigen die Verhältnisse im angloamerikanischen Raum und in Deutschland. Der Mensch wird immer mehr zu einer «Nummer» und das Patienten-Arzt-Verhältnis erstickt in einem immer grösser werdenden Verwaltungsaufwand. TARMED ist nur mit modernster EDV zu handhaben und wer möchte schon von einem Arzt behandelt werden, der Daten in einen Computer eingibt, statt eine zwischenmenschliche Beziehung in der Behandlung aufzubauen.

Schlechte Erfahrungen mit Tarmed

Auch die Erfahrungen mit TARMED in der Schweiz sind bisher alles andere als ermunternd. TARMED wurde mit grossen Erwartungen angekündigt und eingeführt, von einer Erfolgsstory TARMED kann aber keine Rede sein. In 19 von 26 Kantonen besteht derzeit wegen Uneinigkeit zwischen Kassen und Ärzten ein vertragsloser Zustand. Auch die eidgenössischen Vereinbarungen zur Anwendung von TARMED durch die Unfall-, Invaliden- und Militärversicherung sind gekündigt.

TARMED hat seit seiner Einführung in der Schweiz weder zu einer Kostendämpfung noch zu einer besseren Vergleichbarkeit der Gesundheitskosten zwischen den Kantonen geführt. Sollen spezielle liechtensteinische Errungenschaften und die hohe Qualität unserer Gesundheitsversorgung erhalten bleiben, müsste TARMED so an liechtensteinische Verhältnisse angepasst werden, dass selbst Kassenexperten eine Einführung nicht mehr für sinnvoll halten. Auch Fragen des Datenschutzes sind bis heute weder in der Schweiz noch bei uns befriedigend geklärt. TARMED scheint einzig den veraltungstechnischen Wünschen der Krankenkassen entgegen zu kommen.

Hat die Regierung mit TARMED aufs falsche Pferd gesetzt?

Tatsache ist, dass das heute gültige Tarifsystem durchaus mit TARMED vergleichbar aber wesentlich einfacher zu handhaben ist. Entscheidend aber ist, dass ein FL eigener Tarif von den Tarifpartnern oder der Regierung jederzeit geändert und an die lokalen Verhältnisse angepasst werden kann. Mit der Preisgabe der Tarifhoheit und der Übernahme eines schweizerischen Tarifsystems fällt dieses wichtige Steuerungsinstrument weg. Künftig würden Tarifan-

passungen nicht mehr bei uns, sondern in Bern vorgenommen. Der Spielraum, auf unsere Bedürfnisse angepasste, eigenständige Lösungen zu realisieren, wäre vertan.



Sollen künftig PatientInnen für Blutuntersuchungen mehr Zeit und Wege auf sich nehmen?

Regierung hat ihre Pflicht der Kostenkontrolle vernachlässigt

Viel wichtiger als die Einführung eines neuen Tarifsystems über alle Köpfe hinweg wäre es, dass die Regierung endlich die ihr vom Gesetz übertragenen Aufgaben zur Kostenkontrolle wahrnehmen würde. Laut KVG hat die Regierung nämlich dafür zu sorgen, dass zwischen dem Kassenverband und den Leistungserbringern Massnahmen zum zweckmässigen Einsatz der Leistungen vereinbart werden, die Regierung hat Kostenziele festzulegen und besorgt zu sein, dass diese eingehalten werden und die Regierung hat sogar einzugreifen, wenn einzelne Leistungserbringer diese Kostenziele in erheblichem Masse überschreiten (siehe Seite 16). Bei all dem ist die Regierung bisher untätig geblieben und hat die ihr vom Gesetz übertragenen Aufgaben sträflich vernachlässigt.

Politische Belastungsprobe

Der wachsende Widerstand gegen das Projekt TARMED wird zunehmend auch zu einer Belastungsprobe für die Regierung selbst. Denn politisch ist TARMED für die Regierung ein Muss, will sie vor der Bevölkerung nicht endgültig das Gesicht verlieren. Gleich mehrfach aber ist TARMED schon zu einer Zerreißprobe für die Koalitionsregierung geworden. So als Regierungschef Stellvertreter Klaus Tschüttscher (VU) als erster mit der Verschiebung der Einführung von TARMED einen Ausweg aus der ver-

fahrenen Situation nach dem ultimativen Nein der Ärzteschaft aufzeigte. Sehr zum Missfallen von Regierungschef Otmar Hasler (FBP), der sich in der Folge genötigt sah, seinen Stellvertreter öffentlich zu rügen und von ihm das arg strapazierte Kollegialitätsprinzip wieder einzufordern.

Partei spielen hinter verschlossenen Türen

Beinahe zur handfesten Regierungskrise geriet schliesslich der Versuch von Regierungschef Otmar Hasler (FBP), die offizielle Verhandlungsdelegation der Ärztekammer, angeführt von zwei Frauen, auszuschaalten und FBP Verbindungen zur Ärzteschaft für einen raschen Verhandlungsabschluss nutzbar zu machen. Hinter den Kulissen und am Vorstand der Ärztekammer vorbei wurden Gespräche geführt mit alten FBP Seilschaften und man war sich nicht zu schade, Ex-FBP-Gesundheitsminister Hansjörg Frick wieder zu reaktivieren, der versuchte, seine verwandtschaftlichen Beziehungen spielen zu lassen. Doch das Ziel, die Ärzteschaft zu spalten, gelang nicht. Die Ärzte stehen heute geschlossenener denn je hinter ihrem Ablehnungsentscheid und drohen offen mit dem Boykott der Krankenpflegeversicherung.

Die Versicherten zahlen die Zeche

Was ein anhaltend vertragsloser Zustand für die Versicherten bedeuten würde, ist derzeit nicht absehbar. Es besteht kein Zweifel: Wenn die Krankenpflegeversicherung nicht mehr reibungslos funktioniert, werden vor allem die Versicherten die Leidtragenden sein.

Bei Redaktionsschluss für diese Ausgabe des fl-Infos ist offen, wie der Streit um TARMED ausgehen wird. Für die Regierung steht viel auf dem Spiel. Das Chaos eines vertragslosen Zustandes kann sie sich nicht leisten. Ebenso wenig kommt für die Regierung ein erneutes Verschieben in Betracht, will sie nicht die Glaubwürdigkeit in ihre Handlungsfähigkeit völlig verspielen. Es ist zu befürchten, dass die Regierung in dieser Situation zu uneingeschränkten Zugeständnissen an die Ärzte bereit ist. Schon redet man von einem TARMED-FL, einem Flickwerk aus TARMED und FL-Tarif, bei dem die Ärzte voll auf ihre Kosten kommen. Dass damit die ursprünglichen Zielsetzungen massiv verfehlt würden, schert die Regierung keinen Deut, Hauptsache das Abenteuer TARMED ist ausgestanden und das Gesicht gewahrt.

Egon Matt

Die Einführung von TARMED wird oft mit einer besseren Kostenkontrolle begründet. Nach dem KVG (Gesetz über die Krankenversicherung) verfügen die Krankenkassen und die Regierung aber bereits heute über eine ganze Reihe von wirksamen Instrumenten zur Kostenkontrolle:

- Die Kassen haben die Rechnungen der Leistungserbringer auf Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit zu prüfen.
 - Dem Versicherten ist durch die Krankenkasse eine detaillierte Rechnung zuzustellen.
 - Zu Unrecht bezahlte Vergütungen können zurückgefordert werden.
 - Der Kassenverband erstellt eine Statistik aller Behandlungskosten und eine Zusammenfassung für jeden einzelnen Leistungserbringer.
 - Der Kassenverband stellt die Statistik der Behandlungskosten und die Zusammenfassung für jeden Leistungserbringer der Regierung zur Verfügung.
 - Die Regierung setzt für die obligatorische Krankenpflegeversicherung Kostenziele fest.
 - Die Regierung weist den Kassenverband und die Verbände der Leistungserbringer an, wie diese Kostenziele umzusetzen und zu überprüfen sind
 - Wenn die Kostenziele überschritten werden, kann die Regierung den Vergütungssatz des geltenden Tarifes für die betreffende Kategorie oder Fachrichtung von Leistungserbringern kürzen
 - Wenn die Kostenziele von einzelnen Leistungserbringern nicht eingehalten oder im Vergleich zu anderen Leistungserbringern erheblich überschritten werden, weist die Regierung den Kassenverband an, bei den betreffenden Leistungserbringern die zu Unrecht bezahlten Vergütungen zurückzufordern.
 - Die Regierung kann von den Ärzten eine vollständige Auskunft über die Preise beim Einkauf von Medikamenten und über direkt und indirekt erhaltene Vergünstigungen verlangen
 - Die Leistungserbringer müssen dem Versicherten und seiner Kasse Vergünstigungen weitergeben
- Bisher wird kaum je von diesen gesetzlichen Möglichkeiten zur Kostenkontrolle Gebrauch gemacht. Sogar einige bekannte schwarze Schafe unter den Ärzten wurden bisher nicht zur Rechenschaft gezogen. Auch ein neues Tarifsystem läuft ins Leere, wenn Regierung und Krankenkassen ihre Verantwortung nicht wahrnehmen und ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollfunktion nicht nachkommen oder nicht nachkommen wollen.

13 x Happiness

1. Ausschlafen.
2. Im Kino heulen.
3. Einen Pullover finden – keine Wursthaut.
4. Prälatenwitze hören und lachen.
5. Über sich selber lachen.
6. Jemandem ohne Grund was schenken.
7. Schokoladenkuchen.
8. Vögel füttern.
9. Umarmt werden.
10. Fantasy-Wälzer verschlingen.
11. Thai-Green-Curry essen.
12. Und dabei nach Luft schnappen.
13. Lohnerhöhung.

In der Gemeinde Planken wurde das Referendum gegen einen Gemeinderatsbeschluss, den Steuersatz wie bisher bei 200% zu belassen, ergriffen. Verständlich oder überflüssig?

Fl-info: Es ist ja wohl kaum anzunehmen, dass man dem höheren Steuersatz zustimmt, wenn man auch billiger davon kommen kann. Warum wollten die GemeinderätInnen in Planken den 200%igen Steuersatz beibehalten?

Christian Beck: In den vergangenen Jahren hatten wir es einerseits mit einem Defizit in der laufenden Rechnung zu tun, andererseits mit hohen Investitionen. Die Gemeinde braucht auch in Zukunft Geld für Investitionen und deren Folgekosten. Von daher war es nicht zwingend, den Steuersatz zu senken. Zudem entspricht unser Steuersatz der Mehrheit der anderen liechtensteinischen Gemeinden.



Luzia Walch und Christian Beck, die beiden FL-GemeinderätInnen engagieren sich für ein familienfreundliches Planken.

Mit welchen Argumenten wurde das Referendum ergriffen?

Christian: Einerseits mit dem Argument, dass die Gemeinde für Bauten zuviel Geld ausgeben würde und andererseits zu wenig Mieteinnahmen für die mit viel Geld renovierten Häuser erhalte. Ausserdem verzichte Planken mit seinen hohen Reserven auf die Finanzspritze aus Vaduz. Es ist eine Kritik am Finanzgebaren der Gemeinde.

Was ist da dran?

Luzia: Es stimmt, dass die drei Häuser, die renoviert wurden, teuer zu stehen kamen. Gebäude mit Minergiestandard sind nun einmal teurer als «normale» Bauten, aber heute wissen wir, dass sich solche Bauweisen sowohl für den Besitzer als auch für die Umwelt lohnen. Diese Kosten sind also vertretbar. Die niedrigen Mieten sehen wir als Teil der aktiven Unterstützung unseres Gemeinwesens. Durch solche unkonventionellen Massnahmen wollen wir die Schule als Puls unseres Dorflebens sichern. Das

sind einmal diese drei gemeindeeigenen Wohneinheiten, die an kinderreiche Familien zu vermieten sind und zum andern die Öffnung unserer Schule für Kinder aus anderen Gemeinden.

Kann Planken auf Steuereinnahmen verzichten?

Christian: Wir verzichten jetzt auf den Finanzausgleich und das ist ein Vielfaches von dem, was wir durch die Reduktion des Steuersatzes nicht einnehmen werden. Es wird also kein Drama sein, wenn die Bevölkerung einen niedrigeren Steuersatz wünscht. Gemeindearbeit ist auch mit weniger Geld machbar ohne dass es zu Qualitätseinbussen kommt.

Luzia: Nicht zu vergessen sind die Folgekosten, die aus den Bauten der Vergangenheit entstehen. Aber das wird man abwarten können. Das grössere Problem sah ich jedoch schon vor der Renovation dieser Häuser in ganz anderer Hinsicht. Planken muss sich endlich ein Konzept überlegen, wie es mit dem Dorf weitergehen soll. Es wird jetzt ein Leitbild entwickelt, von dem ich dazu konkrete Aussagen erwarte.

Was meinst du mit «Konzept»...?

Luzia: Am Beispiel dieser drei Häuser zeigt sich, wie vernetzt alle Bereiche im Dorf sind. Es nützt nichts, ohne langfristige Planung Häuser zu renovieren, daneben andere Räume wie den Kindergarten aufzuheben, sie neu zu belegen, um dann später draufzukommen, dass man diese Räume in einem anderen Zusammenhang dringender bräuchte.

Christian: Mit der Tagesschule, die im Herbst eröffnet wird, werden unterschiedlichste Bereiche tangiert: Familienpolitik, Gemeinwesen und öffentlicher Verkehr. Trotz unserer Kleinheit möchten wir eine Schule, die mit einer Mindestschüleranzahl auch soziale Lernbereiche bieten kann. Dies streben wir an, indem Busse, die unsere SchülerInnen in die weiterführenden Schulen bringen, auf ihrer Rückfahrt Tagesschüler nach Planken bringen, anstatt Leerfahrten zu haben. Ein Antrag an die LBA mit diesem Ziel ist schon gemacht. Es wird eine Schule, auf die wir sehr stolz sind, hat es doch einige Bewusstseins- und Vernetzungsarbeit gekostet, bis es soweit war.

Gibt es noch andere Highlights?

Luzia: Für mich persönlich ist es ein Aufsteller, dass die Kulturanlässe in Planken von der Bevölkerung so gut besucht werden und sich so viele Leute aktiv beteiligen.

Christian: Immer wieder stelle ich fest, wie konstruktiv und parteiübergreifend in den Kommissionen und Arbeitsgruppen gearbeitet wird – ein Vorbild für den Gemeinderat. (kj)

Sind Sie Mutter und wohnen im Ausland?

Kurz vor der Abstimmung über die Verfassungsinitiative «Ja zum Leben» gab das Fürstenhaus bekannt, dass Sophie von Liechtenstein eine Stiftung ins Leben rufen werde, die sich um schwangere Frauen in Konfliktsituationen kümmern wolle.

Am 6.2.2006 wurde die Stiftung «Sophie von Liechtenstein für Frau und Kind» mit einem Stiftungskapital von 100'000 Franken ins Öffentlichkeitsregister eingetragen. Der Stiftungszweck lautet unter anderem: «Die Vermittlung wirksamer Hilfe für Frauen in Schwangerschaftskonflikten mit dem Ziel, dass möglichst viele Frauen, die ungewollt schwanger werden, eine positive Lebensperspektive für sich und das Kind entwickeln können...» Sophie von Liechtenstein ist einziges Stiftungsmitglied.

Bleibt die jetzige Gesetzeslage so wie sie ist, nämlich die Bestrafung von Frauen, die eine Schwangerschaft abbrechen, kann der Stiftungszweck, nämlich Frauen im Schwangerschaftskonflikt zu unterstützen, nicht nachgekommen werden. Zwar muss angenommen werden, dass Beratungen der Stiftung ausschliesslich darauf abzielen werden, dass Schwangere das Kind austragen, was aber ist, wenn sich eine Frau trotz dieser Beratung zu einem Abbruch entschliesst?

Eine ergebnisoffene Beratung ist weder möglich noch gewollt

Handelt die Stiftung gemäss bestehender Gesetzeslage, sind die Beraterinnen zur Anzeige der abbruchwilligen Frau verpflichtet. Andererseits macht die Stiftung deutlich, dass ihr Beratungsangebot nicht ergebnisoffen ist, d.h. Frauen im Konfliktfall ausschliesslich in eine Richtung, nämlich der Fortsetzung der Schwangerschaft gedrängt werden. Es darf also so oder anders davon ausgegangen werden, dass Frauen im Konfliktfall sich nicht an diese Stiftung wenden werden. Bestenfalls werden Frauen sich dann dort aufgehoben wissen, wenn es ausschliesslich darum geht, materielle Unterstützung zu erhalten.

Irreführender Begriff für die Zielgruppe

Die Stiftung als Schwangerschaftsberatungsstelle könnte also in der momentanen Situation gar kein ergebnisoffenes Angebot als Zweck anführen. Der Begriff «Frauen in Konfliktsituationen» ist also irreführend und unter Umständen fatal für Frauen, die Unterstützung im Abbruchfall suchen. Ändert sich die Gesetzeslage und die Fristenregelung ermöglicht

einen straffreien Abbruch mit vorheriger Beratung, nützt die Stiftung auch nichts. Frauen im Konfliktfall werden sich nicht über eine Beratung in noch tiefere Konflikte bringen lassen, sie brauchen eine Beratung, die akzeptiert, dass auch am Ende der Beratung ein Schwangerschaftsabbruch vorgenommen wird.

Qualifikation: Mutter, wohnhaft im Ausland

Auf die Anzeige im Januar 2006 reagierte Marianne B. (Name der Redaktion bekannt) mit ausführlichen Unterlagen ihrer bisherigen Tätigkeit und Ausbildung. In Liechtenstein wohnhaft und hoch qualifiziert, erfüllt Marianne B. das geforderte Profil einer Beratungskraft bei der Stiftung in jeder Hinsicht. Zurück kam jedoch ein Schreiben eines Mag. Christoph Jochum, Geschäftsführer der Sophie von Liechtensteinstiftung (im Handelsregister nicht eingetragen), das darauf hinweist, dass über 100 Bewerbungen eingegangen seien und die Stiftung leider absagen müsse.

Neugierig geworden kontaktierte Marianne B. den Geschäftsführer telefonisch und wollte wissen, woran es nun wirklich gescheitert sei, schliesslich habe sie eine exzellente Ausbildung und Erfahrung. Die Antwort lautete wie folgt: «Es haben sich 160 Personen gemeldet und die Stiftung habe 12 in die engere Wahl gezogen. Weitere Kriterien seien Ausbildung, Erfahrung, Mutterschaft und, weil die Beratung von schwangeren Frauen in schwierigen Lebenssituationen äusserste Diskretion brauche, würden Bewerberinnen aus dem Ausland bevorzugt.»

Diskriminierend in vielerlei Hinsicht

Marianne B. ist ungewollt kinderlos und fühlt sich durch diese Absage nicht nur diskriminiert, sie ist empört, dass man dieses Kriterium nicht gleich in das Anforderungsprofil der Anzeige aufgenommen hat. Die Frage nach der Konfession, welche durch die Bewerberin mit «Christin» beantwortet wurde, stellte Jochum auch nicht zufrieden. Man darf daraus schliessen, dass auch die «richtige» Konfession eine Teilanforderung dieser Stelle ist. Zudem fragt sie sich, was das soll, in Liechtenstein jemanden zu suchen, wenn von vornherein klar ist, dass nur eine genommen wird, die im Ausland lebt. Dass Diskretion und Verschwiegenheit zum Berufsbild gehören, hat sich offenbar noch nicht bis zur Stiftung herumgesprochen. (kj)

Pünktlich zum Jahresbeginn überraschte uns die fürstliche Regierung nach nur neunmonatiger Beratungszeit mit ihrem offiziellen Eigenbeitrag zum Jubiläumsjahr 2006: Dem fürstlichen Regierungsprogramm. Wie weiland in den längst vergangenen Tagen von souveräner Bewusstseinsbildung und Liechtensteiner Menschwerdung, knüpfen unsere obersten Landesverwalter dort an, wo es schon Landesverweser Schuppler vor 200 Jahren gefiel, auf Geheiss seines Herrn im fernen Wien reformierend in den Tagesablauf seiner Mitbürgerinnen und -bürger einzuwirken. So erstaunt es auch nicht weiter, dass das nun vorliegende Regierungsprogramm in groben Zügen eine willkommene Weiterführung dessen ist, was zu Beginn des 19. Jahrhunderts begonnen wurde und aufgrund steter Veränderungen auf dem internationalen Wirtschaftsmarkt (Vormärz, Black Friday, 2 WK, Spiegel-Bericht etc.) nie vollendet werden konnte. Es zeichnet daher unsere derzeitige Regierung aus, dass sie sich nun unverdrossen daran gemacht hat, dieses letzte offene Kapitel Liechtensteiner Staatsgeschichte zu öffnen, um es dann nach Ablauf der kommenden drei Jahre wieder zu schliessen.

Der einfache Urnengänger

Grundsätzlich gilt: Das Erarbeiten eines Regierungsprogrammes ist kein Schleck. Dennoch macht man sich gerne darüber lustig. Gerade hier wie kaum woanders zeigt sich nämlich der Neid der politischen Nichtsnutze von seiner grössten Seite. Regierungsprogrammer zu verfassen, ist schliesslich nicht jedermanns Sache. Das obliegt einer ganz besonderen Art von Mensch: nämlich ausschliesslich demjenigen, der es zu etwas gebracht zu haben meint. Otto Normalbürger hat bei solch ehrenvollen und wichtigen Aufgaben nichts verloren, versteht er ja in der Regel weder die kleinen Unterschiede noch die grösseren Zusammenhänge. Bestes Beispiel: Tarmed. Hier wissen ja nicht einmal die Direktbetroffenen, was es damit auf sich hat. Wie soll es denn da der einfache Urnengänger wissen?

Die Weitsicht jener, die in Jahrhunderten denken

Vergleicht man das fürstliche Reformpaket von heute mit dem fürstlich verordneten Massnahmenkatalog von anno Napoleon, so gibt es Parallelen zu Hauf: schon damals drehte sich alles um die Finanzreform, die Gemeindereform, die Bodenreform, die Rechtsreform, die Schul- und die Kirchenreform. In groben Zügen also alles Dinge,

auch im Regierungsprogramm 2005-2009 enthalten sind. Eigentlich hat sich also trotz der Weitsicht derjenigen, die in Jahrhunderten denken, in den letzten zwei Jahrhunderten nicht viel geändert.

Ausschluss von der ewigen Seligkeit

Das Regierungsprogramm, kurz «RePro 05/09» genannt, kommt bekanntlich von Re-Produktion. Mit Nachdruck wird Regierung und Landtag die Wichtigkeit eines solchen Programmes in Wiesen- und Thronrede ans Herz gelegt. Wobei den Uneinsichtigen die Re-Probation droht, der Ausschluss von der ewigen Seligkeit! Und so geht es auch in der RePro-Jubiläumsvariante um Staat und Gesellschaft, Knete und Bildung. Anzupackende Reformen, die wir unseren Vorfahren voraus haben, betreffen den öffentlichen Verkehr und die Aussenbeziehungen. Autos gab es damals noch nicht und an ständige Vertretungen in Strasbourg oder New York war aufgrund des Auswanderungsverbotes nicht zu denken. Bezüglich heute brennender Themen hätte man sich aber gut an den guten alten Zeiten orientieren können. So zum Beispiel bei der Jugendarbeitslosigkeit (Schwabenkinder) oder beim Baugesetz (Hausbauverbot). Ob wiederum das Frühenglisch in den damaligen Zeiten Sinn gemacht hätte, lässt sich aus er heutigen PISA-Perspektive nicht schlüssig klären.

Reformvorschläge

Eine völlig willkürlich durchgeführte Umfrage auf Liechtensteins Strassen ergab im übrigen folgende weitere Reformvorschläge aus Volkes Mund: So sollte zum Beispiel die Landesverwaltung um die Hälfte reduziert werden. Wer am Morgen keinen Parkplatz findet, fliegt. Dann sollte das Rauchen während Beerdigungen und das Bruststillen im Landtag verboten werden. Auch darf sich niemand mehr scheiden lassen. Ausser die Frauen. Und Pfarrer, die Wasser predigen, werden anschliessend an die Messe nur mehr mit Wasser verköstigt. Und aus Anlass von 200 Jahren Souveränität sollte Liechtenstein wieder ein Truppenkontingent stellen, das vielleicht in den Irak geschickt werden könnte. Als erstes sollten dabei unsere Pfefferspray-Soldaten aufgeboden werden. Die haben ja schon Erfahrung im Nahkampf.

Mathias Ospelt

Am Dienstag, den 17.1.06, besuchten wir, die U22 der Freien Liste, die Landespolizei. Wir hatten die Möglichkeit, uns ein wenig in den Räumlichkeiten der Polizei umzusehen. Über dieses Erlebnis möchten wir berichten.

Mit vielen Fragen machten wir uns auf den Weg zum Polizeigebäude nach Vaduz. Am Eingang wurden wir schon von Jules Hoch, dem Chef der Kriminalpolizei empfangen, welcher unsere «Führung» leitete. Nach einer kurzen Begrüssung ging es auch schon richtig los.

Der Blick hinter Gittern

Als erster Programmpunkt war die Besichtigung des Gefängnisses vorgesehen. Von Albert Vogt erhielten wir einen Einblick in einige Gefängniszellen, unter anderem auch in die berühmt berüchtigte ‚Gummizelle‘, welche vor allem als Ausnüchterungszelle dient. Jede Zelle beinhaltet ein Bett, einen Schreibtisch, eine Toilette und ein Waschbecken. Als richtig gemütlich kann eine Zelle jedoch nicht bezeichnet werden.



Der Alltag eines Insassen wurde uns transparent gemacht. Der Aussenhof, die Besuchsräume und der neue Fitnessraum wurde von uns unter die Lupe genommen. In einem Gespräch mit zwei Gefängnisaufsehern erfuhren wir, dass im Gefängnis Vaduz unterschiedliche Haftarten (Ausschaffungs- bzw. Auslieferungs- und Untersuchungshaft, Ersatzgefängnisstrafe) und kürzere Strafvollzüge vollstreckt werden. Deshalb gibt es auch keine Insassen, die sich länger als zwei Jahre in Vaduz befinden. Bei längeren Haftzeiten werden sie aufgrund eines Staatsvertrags nach Österreich verlegt, natürlich nur, wenn ihnen während der Untersuchungshaft auch etwas nachgewiesen und sie anschliessend rechtskräftig

verurteilt wurden. Schliesslich leben wir in einem Rechtsstaat. Ausserdem erfuhren wir, dass es auch einen Frauentrakt gibt. Falls Frauen vor Ort sind, leben sie gemeinsam in einer Zelle, die natürlich grösser ist als die übrigen.

Permanenter Einsatz

Nach der Besichtigung des Gefängnisses stand schon der nächste Programmpunkt an: Markus Senti zeigte uns die Einsatzzentrale. Als erstes stechen die vielen Bildschirme ins Auge. Bilder verschiedener Überwachungskameras sind auf ihnen vorzufinden. Die Einsatzzentrale ist rund um die Uhr besetzt, mindestens zwei Personen müssen ständig vor Ort sein. Dies hat auch einen Grund. Alle Notrufe gehen hier ein, von wo aus sie dann weitergeleitet werden. Neben der Einsatzzentrale befindet sich die Einsatzleitstelle, welche bei grösseren Ereignissen oder wichtigen Anlässen von der Polizeiführung für die Lagebewältigung benutzt wird. Nun kamen wir zum letzten Punkt unserer Besichtigung: der Kriminalpolizei.

Internet und Spurensuche

Auf dem Weg zu den Räumlichkeiten der Kriminalpolizei beschreitet man einen Gang, in dem sehr viele Kartonschachteln zu sehen sind, in denen beschlagnahmte Unterlagen sind. Wir wurden kurz in die Aufgaben der Kriminalpolizei eingeführt. Auch die so genannte Internetpolizei, welche, wie der Name sagt, die Aufgabe hat, das Internet zu überwachen, wurde uns vorgestellt. Nach einer kurzen Einführung konnten wir uns die Spurensicherung genauer anschauen. Betritt man diesen Raum, denkt man zunächst einmal, man befände sich in einem Chemielabor. Verschiedene Geräte wie auch die Ausstattung liessen diesen Gedanken aufkommen. Dass wir mit diesen Gedanken nicht einmal so falsch lagen, beruhigte unser Gewissen. Schliesslich hat Spurensicherung einiges mit Chemie zu tun. Mit der Besichtigung der Spurensicherung endete unser Rundgang.

Wie ist das mit dem Rechtsextremismus bei uns?

Wer denkt, dass wir uns nun wieder auf den Weg nach Hause machten, liegt falsch. Wir hatten noch etwas vor. Der Chef der Kriminalpolizei Jules Hoch und der Leiter der Stabsstelle Staatsschutz Peter Elkuch gaben uns die Möglichkeit, ihnen unsere Fragen zu stellen. Im Zentrum standen vor allem die Punkte Rechtsextremismus sowie der Umgang der Polizeibeamten mit Jugendlichen. Wir hatten die

Möglichkeit ihnen zu sagen, was uns beschäftigt oder stört. Die beiden Herren gingen keiner Frage aus dem Weg. Unserer «Anklagepunkte» bestanden vor allem darin, dass einige Polizeibeamte nicht wirklich wissen, wie sie mit Jugendlichen umgehen sollen. Also war unsere Hauptfrage, ob Polizisten speziell geschult werden für den Umgang mit Jugendlichen. Darauf bekamen wir die Antwort, dass sie geschult werden, jedoch nicht speziell für den Umgang mit Jugendlichen. Auch auf die Frage, was gegen Rechtsextremismus in unserem Land getan wird, bekamen wir eine Antwort. Wenn sich die «rechtsorientierten» Jugendlichen in Liechtenstein ruhig verhalten, kann im Normalfall gegen sie polizeilich bzw. strafrechtlich nicht vorgegangen werden. Es fehlt die gesetzliche Grundlage, um allein

schon wegen ihres Bekenntnisses zu einer rechten Ideologie polizeilich etwas gegen sie tun zu können. Die Frage warum diese Grundlage fehlt, würden wir gerne beantworten, leider können wir das nicht. Ist das Thema Rechtsextremismus nicht wichtig genug? Nach gut zwei Stunden war uns dennoch einiges klarer als zuvor. Zufrieden konnten wir uns auf den Heimweg machen.

In diesem Sinne möchten wir uns für den informativen Rundgang und das anschliessende Gespräch bei allen Beteiligten herzlich bedanken. Mit dieser Geste hat man uns signalisiert, dass Jugendliche in Liechtenstein ernst genommen werden!

Benjamin Quaderer für die FL-U22

Wenn Umweltrecht ausgehebelt wird.

Ein Dorf im Tal und abseits von allen Langlaufhochburgen, ein Sportwettbewerb auf einem Kunstschneeband und viele Diskussionen: Der City-Sprint in Mauren ist eine Veranstaltung mit vielen Widersprüchen.

Keine Frage: Wenn ein Teil der Langlauf-Weltelite nach Mauren kommt, sorgt das für Gesprächsstoff. «Mehr solche Anlässe!», titeln die Landeszeitungen. Doch die grenzenlose Euphorie und Bewunderung der hiesigen Sportredaktionen und einiger Lokalgrößen für die Veranstalter und das Spektakel teilen nicht alle. Hinter der Show-Kulisse gibt es auch harsche Kritik. Es stellt sich die Frage: Wie sinnvoll und nachhaltig sind solche Mega-Events?

Die weisse Unterlage ist nicht vom Himmel gefallen. Die 500 Meter lange, 60 Zentimeter dicke und 6 Meter breite Loipe wurde mit rund 2000 m³ Kunstschnee präpariert. Weil in Liechtenstein eine Beschneigung im Talraum nicht erlaubt ist, haben zwei Schneekanonen im Tostner Ried den Kunstschnee produziert. Sie beschallten die Anwohner rund um die Uhr mit Lärm und brachten zeitweise die Trinkwasserversorgung in der Hub zum Erliegen; erst nach «massivem Protest» wurde der Wasserverbrauch der Kanonen reduziert. Die weisse Fracht haben dann Lastwagen mit Sonderbewilligung über die Grenze gekarrt; mehr als 200 LKW-Ladungen waren dafür nötig.

Null Sensorium für Umweltsanliegen

Der gesunde Menschenverstand sagt, dass hier Vieles nicht stimmt. Wenn Behörden Sonderbewilligungen für Fahrten über einen Grenzübergang erteilen, der sonst für Lastwagen gesperrt ist und so mithelfen, dass ein Umweltschutzgesetz mit fragwürdigen Tricks umgangen werden kann, hört das Verständnis auf. Wenn Veranstalter und Politiker von Imagewerbung für Mauren sprechen und so die Veranstaltung rechtfertigen, ist das, gelinde gesagt, gesucht und weltfremd. Ohne die Verlockung fetter Preisgelder hätten sich kein Läufer und keine Läuferin nach Mauren verirrt. Wo bleibt das notwendige Sensorium für Umweltsanliegen, wenn an Tagen höchster Feinstaubbelastung zusätzlich Unmengen von Dieselmotoren für Schneetransporte in die Luft geblasen werden? Wie ernst ist es der Regierung mit dem öffentlichen Verkehr, wenn das Tiefbauamt pikanterweise überall auf den Strassen Hinweistafeln für die Anfahrt mit dem eigenen Auto aufstellt? Und wie steht es um die Wahrnehmung und Sensibilität einer Gemeinde, wenn sie keinen Unterschied in der finanziellen Unterstützung zwischen City-Sprint und Tsunami-Opfern macht?

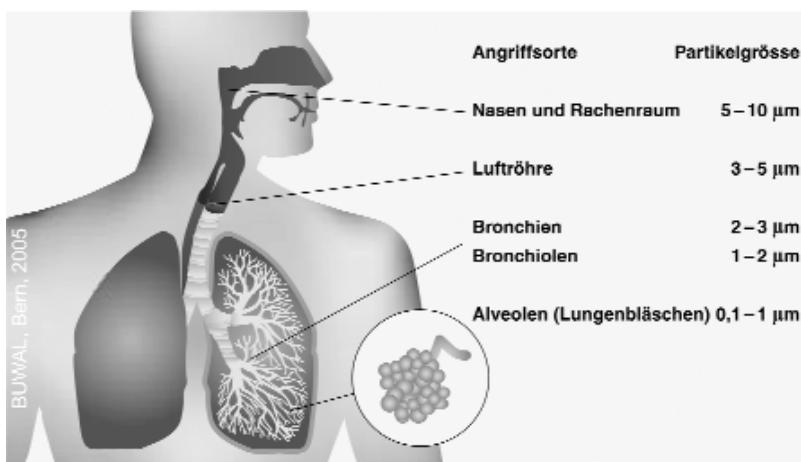
Noch im Herbst 2005 haben Landtagsabgeordnete versucht, das Umweltrecht zugunsten des City-Sprints auszuhebeln und die Produktion von Kunstschnee im Talraum gesetzlich zu erlauben. Das zeigt, dass die Umwelt mehr denn je eigene Anwälte braucht.

Adolf Ritter

Wenn wir spazieren gehen, sehen wir wunderbare Landschaften: im Sommer grün, im Winter weiss. Immer öfter liegt ein zarter Schleier darauf – Nebeldunst? Eben nicht immer. Wenn die Luftfeuchtigkeit für Nebel nicht hoch genug und es trotzdem neblig ist, ist die Luftverschmutzung sichtbar. Wollen wir städtische Luft? Wie krank macht uns schlechte Luft? Wie können wir für bessere Luft sorgen?

Bei uns werden immer wieder die Grenzwerte für Ozon, Stickstoffdioxid und Feinstaub überschritten. Ein Vergleich der Messwerte in Vaduz mit denen in Zürich zeigt klar: In Liechtenstein ist die Luft normalerweise fast genauso schlecht wie in der Stadt Zürich. Bei Inversionslagen ist sie sogar deutlich schlechter als in Zürich.

Die Auswirkungen sind spür- und messbar: Kinder, Menschen mit geschwächter Immunabwehr und ältere Menschen leiden vermehrt an Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislauf-Versagen und Lungenkrebs. In der Schweiz sterben jedes Jahr mehr als 3'700 Menschen frühzeitig an den Folgen der Luftverschmutzung. Die Lebenserwartung sinkt nach neuesten Schätzungen wegen der Feinstaubbelastung um neun Monate.



Angriffsorte des Feinstaubes in den Atemwegen: Je kleiner die Partikel, desto tiefer dringen sie in das Lungensystem ein.

Dieseleruss ist Krebs erregend

Beim Atmen wird grober Staub in der Nase herausgefiltert. Ist der Staub jedoch nur etwa ein Zehntel des Durchmessers eines Haars klein, gelangt er in den Körper. Je kleiner die Partikel sind, desto tiefer dringen sie in den Körper ein und desto gefährlicher ist ihre Wirkung. Die Krebs erregenden Dieseleruss-Partikel sind nur ein Tausendstel eines Haars klein

und somit ultrafein. Über die Lungenbläschen gelangen sie ins Blut und darüber praktisch in alle Organe. Etwa jeder zehnte Fall von Lungenkrebs lässt sich auf Dieseleruss zurückführen. Besonders problematisch: Die Konzentration der Dieseleruss-Partikel ist direkt über dem Boden am stärksten. Kinder atmen deshalb viel mehr der schädlichen Partikel ein als Erwachsene.

Dieselmotoren erzeugen gefährlichen Feinstaub

Feinstaub hat verschiedenste Ursachen. Der Verkehr ist eine der wichtigsten und für knapp einen Drittel verantwortlich. Ein Teil davon besteht aus Abrieb der Bremsbeläge, Pneus und Strassenbeläge, die beim Fahren aufgewirbelt werden.

Der gefährliche Teil kommt jedoch aus dem Auspuff. Dieselmotoren erzeugen Krebs erregende Dieseleruss-Partikel. Diese Schadstoffe müssen auf ein Minimum reduziert werden.

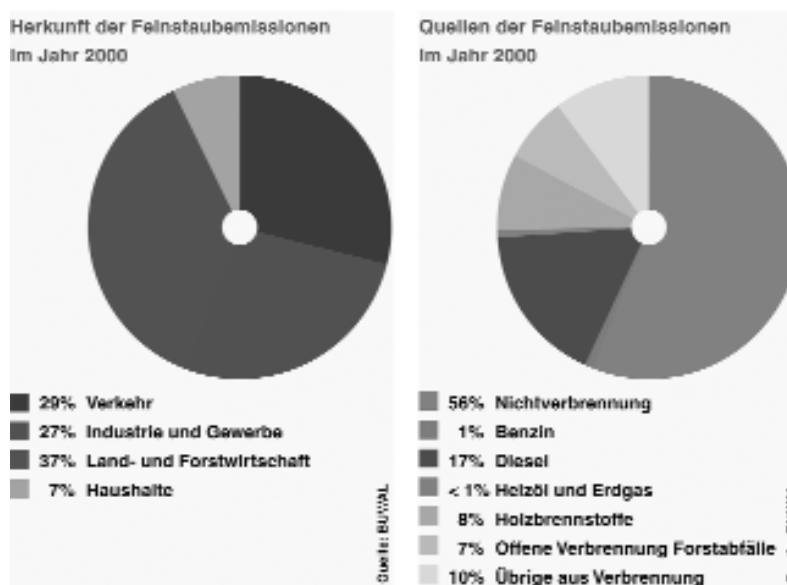
Krebs erregende Partikel herausfiltern

Partikelfilter in Dieselmotoren reduzieren die besonders gefährlichen Dieseleruss-Partikel fast vollständig. Möglich ist der Einbau nicht nur in Personenkraftwagen. Auch andere Dieselmotoren, z.B. schwere Nutzfahrzeugen oder Baumaschinen, können mit Partikelfiltern ausgerüstet werden. Diese Massnahme wirkt sofort nach Einbau. Studien zeigen, dass eine Partikelfilterpflicht für schwere Nutzfahrzeuge in der Schweiz bereits im Jahr der Einführung zahlreichen Personen ein gesünderes Leben ermöglichen würde:

- 100 Erwachsene, die nicht vorzeitig sterben.
- 1'375 Kinder, die nicht an akuter Bronchitis erkranken.
- 83'550 Tage, an denen Erwachsene ohne Einschränkung leben können.

Gesundheitskosten mit Partikelfilter senken

Positiv wären auch die Einsparungen im Gesundheitswesen. In der Schweiz könnten im ersten Jahr der Einführung 400 Millionen Franken Gesundheitskosten eingespart werden. Umgerechnet auf Liechtenstein sind das 1,8 Millionen Franken. Erfreulich ist, dass in Liechtenstein eine Partikelfilterpflicht für Baumaschinen aller Grössen vorbereitet wird. Dies schützt die Menschen auf und an einer Baustelle. Die Partikelfilterpflicht ist jedoch für alle Dieselmotoren einzuführen. Nur dies schützt alle Menschen vor Krebs erregendem Dieseleruss.



Bessere Luft dank weniger Verkehr

Für gute Luft und somit bessere Lebensqualität in Liechtenstein sind langfristig Alternativen zum Auto notwendig. Die Regierung muss heute die Weichen dafür stellen. Sie muss ein modernes, leistungsfähiges Konzept für den öffentlichen Verkehr umsetzen, bevor neue Strassen geplant werden.

Bei der Umfrage «Verkehr – wie weiter?» sprachen sich 59 Prozent der Bevölkerung für den bevorzugten Ausbau des öffentlichen Verkehrs und nur 8 Prozent für den des motorisierten Individualverkehrs aus. Es ist völlig unverständlich, dass die Regierung

diese Bereitschaft der Menschen ignoriert. Für den öffentlichen Verkehr wird eine Studie nach der anderen in Auftrag gegeben, der Bau neuer Strassen hingegen ohne Gesamtverkehrskonzept bereits konkret geplant. Langfristig gesehen ist dies eine kurzfristige Denkweise.

Andrea Matt

Die Broschüre «Feinstaub macht krank» kann kostenlos beim BUWAL bezogen werden: www.buwalshop.ch oder Fax 031-3240216. Bestellnummer DIV-5012-D

Wussten sie das?

Die Gemeinde Schellenberg gibt jährlich drei Gemeindebulletins heraus. Das erste Bulletin erging ohne Ausschreibung an das Medienbüro Oehri und Kaiser in Eschen. Dafür bezahlte die Gemeinde Schellenberg 20'000 Franken. Erst am 21. September 2005 beschloss die Gemeinde, fünf Medienbüros im Verhandlungsverfahren zur Offertlegung einzuladen. Zur Festlegung der Ausschreibungskriterien und der Bewertungskriterien für die eingehenden Offerten wurde eine Arbeitsgruppe gebildet. Von allen angefragten Büros gingen entsprechende Angebote ein.

Im Protokoll der Gemeinderatssitzung Nr. 16/2005 ist nachzulesen, dass «Aufgrund der bereits in der letzten Sitzung vorgestellten Empfehlung der Arbeitsgruppe der Gemeinderat die Auftragsvergabe gem. Offerte an den wirtschaftlich günstigsten Offertsteller, Firma Medienbüro Oehri und Kaiser in Eschen bewilligt werde.» Oehri und Kaiser offerierten dasselbe Produkt, wofür sie vorher 20'000 Franken kassierten, nun für 8'000 Franken.

Preisfrage: Warum wurde dieser Vorgang durch die GemeinderätInnen in Schellenberg nicht hinterfragt und einfach so hingenommen? Weil sie damit die eigene Entscheidung hinterfragen hätten müssen und dem Medienbüro Oehri und Kaiser war wohl immer klar, dass 20'000 Franken völlig überzogen sind. Im Landtag redet Kaiser vom Sparen und in der Realität schöpft er ab, wo es möglich ist. (kj)

...**die Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung Vaduz** bis heute keine eigenen e-mail Adressen haben? Die Gemeindeverwaltung Vaduz ist ausschliesslich über info@vaduz.li erreichbar. Die e-mails werden dann intern weitergeleitet. Alle eingehenden Mails können also von KH Ospelt quasi «vorkontrolliert» werden. ...**demnächst Band 1** der mehrteiligen Buchreihe zur Ahnenforschung Mauren von 1800 bis 2000 erscheint? ...in diesem Band auch ein Foto der Privataudienz DDr. Batliners bei Papst Benedikt im Jahr 2005 veröffentlicht wird?**im Jahresrückblick des Vaterlandes** ein Bild der Regierungsratskandidaten fehlten und nur die neue Regierung in diese Chronik Eingang fand?...**Sie über die liechtensteinische Telefonauskunftsnummer 111** – eine Nummer, die wohlgerne immer nur Liechtenstein betrifft und auch nur vom Land aus angewählt werden kann – vom Band stets die ganze Vorwahl, die Sie gar nicht brauchen, vorgesagt bekommen, ehe sie die siebenstellige Telefonnummer erhalten?...**der fristlos entlassene Buchhalter von Radio Liechtenstein** in einem Anerkenntnisurteil 31'474,80 Franken zugesprochen bekam und damit die Tür für den Rest der Forderung von 72'965,45 geöffnet wurde? ...**diese Kosten von Radio Liechtenstein zu tragen** sind und bei verantwortungsvollem Handeln des ehemaligen Verwaltungsrats vermeidbar gewesen wären? ...**beim Langlaufsprint in Mauren** für die schnellsten Männer 10'000. für die drei schnellsten Frauen aber nur 5'000 Franken Preisgeld zur Verfügung standen? ...**der schnellste Mann gleich viel** wie die drei schnellsten Frauen zusammen kassierte? ...**damit der ökologische Unsinn** noch getoppt wurde? ...**der Vorsteher von Triesen** anlässlich der letzten Gemeinderatsitzung feststellte, dass man «nun Zähne knirschend» die Einbürgerung einer «-itsch» akzeptieren müsse. ...**eine Kontrolle aller Primarschulkinder in Balzers** ergab, dass 20% aller Kinder von Kopfläusen befallen sind? ...**sich in Mauren die FBP-Mehrheit** bei der Bewilligung einer Recyclinganlage für mineralischen Abbruch in der Nähe der im Bau befindlichen Wohnanlage mit 104 Wohnungen an der Hauptstrasse Nendeln-Schaanwald durchsetzte? Dies, obwohl ein Ingenieurbüro zu bedenken gab, dass es zu erheblichen Lärmbelästigungen kommen könne und damit wohl zu einer Wertminderung der Wohnungen führen werde. ...**die FL-Gemeinderätin das Projekt auch deshalb ablehnte**, weil sie befürchtet, dass die Kontrolle darüber, wieviel Material verarbeitet wird, versagen könnte.

Impressum

fl info 1.2006

März 2006

Herausgegeben durch:

Presseverein fl info,

FL-9494 Schaan

www.freieliste.li

fliste@lie-net.li

Redaktionsleitung:

Karin Jenny (kj)

Die AutorInnen sind der

Redaktion bekannt und für

den Inhalt verantwortlich.

Druck:

Lampert Druckzentrum AG

Konto LLB Vaduz:

90-3253-1

Gedruckt auf

100% Recycling-Papier